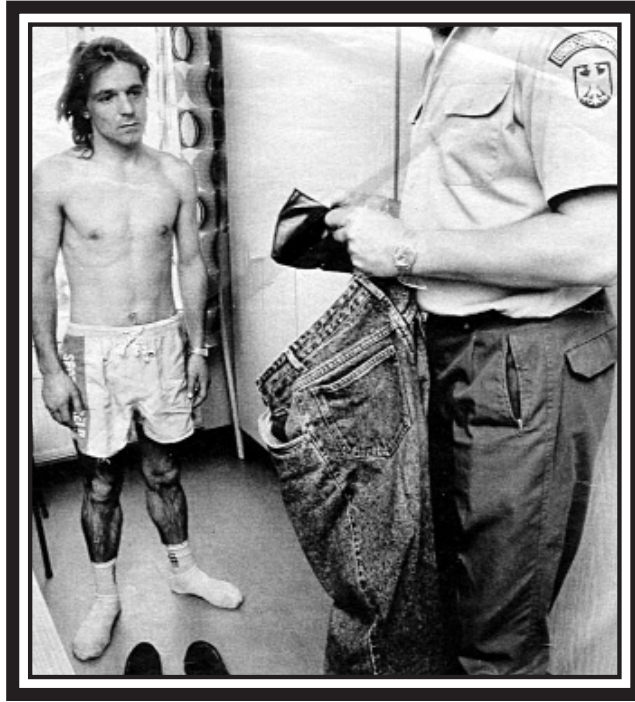


Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Bundestag verabschiedet Gesetzespaket: Grundsteinlegung für einen Geheimdienststaat 3 Russland und der Westen – In den Flitterwochen? 7 Rechtskoalition in Hamburg zur Bildungspolitik: Auslesen, Trennen, Diskriminieren 12 Bericht von einer Betriebsversammlung: „Mehr Druck durch mehr Freiheit!“ 15 Zur Diskussion: Tobinsteuer – wirtschaftliches Experiment mit ungewissem Ausgang 18 Beilage: Ergebnisse und Materialien des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/ 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... und **Ost** Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/ 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 23,40 (Förderabo 36,40), ein Jahresabonnement kostet 46,80 (Förderabo 72,80). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 41,60, Sozialabo: 33,80. Ausland: +6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (23,40 / 46,80 je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (36,40 / 72,80)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (16,90 / 33,80)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (20,80 / 41,60)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

IN BERLIN

AKTUELL

EU-TRUPPE: Im Jahr 2003 soll eine 60 000 Soldaten umfassende schnelle Eingreiftruppe der Europäischen Union einsatzbereit sein. Mit der Eingreiftruppe möchte die EU weltweit Kriege führen können, um eigene Interessen durchzusetzen. Die erste Runde des Treffens der Staats- und Regierungschefs der 15 EU-Mitglieder im belgischen Königsschloss Laeken brachte am Freitag allerdings noch nicht den erwarteten Durchbruch für die Bildung der Truppe. Für Außenminister Joschka Fischer (Grüne) geht es nur noch um „operative Fragen“. Aus der niederländischen Delegation hieß es, dass grundsätzlich geklärt werden muss, ob es nicht eines förmlichen Vertrages zwischen EU und Nato bedürfe. Immerhin haben die Europäer sich darauf verständigt, keine Parallelstrukturen zur Nato zu schaffen, sondern im Krisenfall auf die Fähigkeit und Möglichkeiten der Allianz zurückzugreifen. Auf dem EU-Gipfel von Helsinki wurde im Dezember 1999 beschlossen, dass unter Rückgriff auf vorhandene Streitkräfte Truppen bis Korpsstärke in einer Größenordnung von 50.000 bis 60.000 Mann – lageabhängig um Luftwaffen- und Marineeinheiten verstärkt – innerhalb von 60 Tagen verlegt werden und mindestens ein Jahr durchhalten können sollen. Bei einer so genannten Beitragskonferenz im November 2000 wurden von den EU-Mitgliedstaaten nationale Beiträge zum militärischen Planziel gemeldet. Dieser im „Helsinki Force Catalogue“ zusammengefasste Pool soll spätestens ab 2003 verfügbar sein. Kurz vor Vollendung der Planungs- und Kommandostrukturen stellte sich die Türkei quer – strategische Südostflanke der NATO aber eben kein Mitglied der EU. Erst nach längerem Handel willigte die Türkei ein, ihre NATO-Einrichtungen auch EU-geführten Operationen zur Verfügung zu stellen. Nun, so wird aus Delegationskreisen berichtet, wollen die Griechen ihren Widerstand gegen eine engere Einbindung der Türkei „durch die Hintertür“ nicht mittragen. Fischer sagte am Freitag, es sei noch offen, wann es zu einer ersten „Operation“ dieser Eingreiftruppe komme. Für die Afghanistan-Friedenstruppe, bei der die EU bereits „Gesicht zeigen“ wolle, wäre es ohnehin zu spät. „Selbst wenn wir wollten, wir könnten gar nicht. Uns fehlen einfach noch die Strukturen.“ (www.ngo-online.de)

GIROKONTO FÜR JEDERMANN. Wer über kein Girokonto verfügt, hat erhebliche Nachteile und ist „verdächtig“. Sei es bei der Anstellung in einer neuen Arbeitsstelle, beim Abschluss eines Mietvertrages usw. Will man Geld überweisen, muss man bei einer Bank Bargeld einzahlen und jede Überweisung kostet zwischen 5 und 10 DM. Wer über kein Girokonto verfügt, wird ausgegrenzt. Im Hinblick auf dieses Faktum haben die im Zentralen Kreditausschuß (ZKA) zusammengeschlossenen Verbände der Kre-

ditwirtschaft bereits 1995 die Empfehlung ausgesprochen, grundsätzlich für jedermann auf dessen Wunsch ein Girokonto – und sei es lediglich auf Guthabenbasis – zu führen. Leider wird diese „Selbstverpflichtung“ der Banken nach wie vor vielfach unterlaufen. Schuldnerberatung und Verbraucherschutz weisen seit geraumer Zeit auf die erhebliche Zahl verweigerter Guthabenkonten und gekündigter Girokonten hin. Dies belegen erneut die am 13.12.2001 veröffentlichten Ergebnisse einer bundesweiten Umfrage der Landesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung in Hessen (LAG SB Hessen) in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände (AG SBV). Die Ergebnisse der insgesamt 473 dokumentierten Fälle sprechen eine deutliche Sprache: 175 Girokonten wurden gekündigt, nur in zehn Fällen mit nachvollziehbaren Gründen; in 298 Fällen wurde die Eröffnung eines Kontos verweigert, nur in 23 Fällen war das nachvollziehbar. (www.paritaet.org)

INTERVENTION NÖTIG. Zur drohenden Todesstrafe gegen den in die Türkei entführten kurdischen Politiker Cevat Soysal erklärt die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Ulla Jelpke: Das Staatssicherheitsgericht Nr. 1 in der türkischen Hauptstadt Ankara wird in Kürze das Urteil im Verfahren gegen Cevat Soysal sprechen. Der kurdische Politiker, der vor seiner Entführung bei uns als anerkannter Flüchtling lebte, war im Sommer 1999 von türkischen Agenten aus Moldawien in die Türkei entführt worden. Dort wurde er aufs Schwerste gefoltert und bei einer anschließenden Türkeireise von Außenminister Fischer der Öffentlichkeit als angebliche „Nr. 2 der PKK“ vorgestellt, der unbehelligt in Deutschland gelebt habe. Nach einem halben Jahr Verfahren hat am 27. November die Staatsanwaltschaft in Ankara plädiert. Sie fordert weiter die Todesstrafe. Am 27. Dezember wird Soysals Verteidiger plädieren und der Angeklagte Gelegenheit zu einem Schlusswort haben. Wenige Tage danach dürfte das Urteil folgen. Cevat Soysal hat sein Eintreten für die Rechte der Kurdinnen und Kurden nie bestritten, wohl aber die ihm vorgeworfene Führungsposition in der PKK und den damit verbundenen Vorwurf, Gewalttaten in der Türkei organisiert zu haben. Auch die Bundesregierung weiß, dass diese Vorwürfe haltlos sind und Soysal von der türkischen Regierung missbraucht wird für ein schmutziges außenpolitisches Spiel. Ich fordere die Regierung auf, gegen das drohende Todesurteil für Soysal tätig zu werden. Er ist hier völlig zu Recht anerkannter Flüchtling. Seine Frau und seine Familie leben hier. Die Bundesregierung hat für sie Obhutspflicht. Ich erwarte, dass das Auswärtige Amt in der Türkei vorstellig wird, damit Cevat Soysal freigelassen wird und unbehelligt zu seiner Familie zurückkehren kann.

Grundsteinlegung für einen Geheimdienststaat

„Blankes Entsetzen“ hatte Anfang November die Vorlage von SPD und Grünen für ein „Anti-Terror-Gesetz“ bei der Deutschen Vereinigung für Datenschutz (DVD) ausgelöst. „Was hier von einem rot-grünen Kabinett beschlossen werden soll, hätte sich die alte schwarz-gelbe Regierung nicht erlaubt“, empörte sich der DVD-Vorsitzende Thilo Weichert. Schily plane die „Zerschlagung von Pfeilern unseres Rechtsstaates“. Sein Entwurf sei die „Grundsteinlegung für einen Geheimdienststaat“.

Der Sprecher des Bund Deutscher Kriminalbeamter, Klaus Jansen, nannte Schilys Vorhaben „unsinnig und wirkungslos“. Als Reaktion auf die Anschläge vom 11. September seien keine neuen Gesetze erforderlich und auch keine „politische Kraftmeierei“. (Alle Zitate nach *Heise Online News*, 3.11.2001)

Noch schroffer fiel die Kritik des FDP-Bundestagsvizepräsidenten a.D. Burkhard Hirsch aus: „Der Gesetzesentwurf hat keinen Respekt vor der Rechts-tradition unseres Landes, vor der Würde und Privatheit seiner Bürger. Er verrät totalitären Geist. Keine einzige der in Schilys Gesetzesentwurf vorgeschlagenen Maßnahmen wäre geeignet gewesen, das Attentat von New York zu verhindern. Aber die nun geforderten Überwachungsmechanismen beschädigen die Legitimität unseres Staates.“ (*Süddeutsche Zeitung*, 2.11.2001)

Inzwischen ist das Paket nach einem parlamentarischen Eilverfahren, das für den Vorsitzenden des Deutschen Richterbundes, Geert Mackenroth, „fast schon Züge eines Geheimverfahrens“ trägt, verabschiedet worden. Am 14. Dezember billigte eine Mehrheit von 85 Prozent im Bundestag – SPD, Grüne und CDU/CSU, nur FDP und PDS stimmten dagegen – das Gesetzespaket der Regierung, am 20. Dezember wird der Bundesrat folgen.

Auch wenn die Sicherheitsapparate behaupten, sie bräuchten diese Vollmachten, um die Menschen vor Anschlägen wie in New York zu schützen – dem Gesetz liegt in Wirklichkeit eine andere Philosophie zugrunde.

Die überwältigende Mehrheit aller neuen Regelungen, die nun in Kraft treten, haben mit der öffentlich behaupteten Terrorismusbekämpfung nichts zu tun, sind alte Kamellen, die schon lange in den Schubladen der Sicherheitsapparate lagen und die nun herausgeholt wur-

den, um den Diensten die Macht zu geben, die sie schon lange wollten. Andere Regelungen wie die Erfassung biometrischer Daten wird – jedenfalls bei deutschen Staatsbürgern – erst in 5 bis 10 Jahren breitflächig wirksam werden, wenn nämlich die Mehrheit auch wirklich neue Ausweise hat. Der ganz überwiegende Teil des gesamten Pakets richtet sich schlicht und einfach gegen Flüchtlinge und MigrantInnen, unterwirft sie der totalen Erfassung und totalen Kontrolle. Wer sich nicht anpaßt, wird verfolgt wie noch nie und/oder abgeschoben.

Wo ein Widerspruch entsteht oder sichtbar wird, zumal durch Menschen anderer Kultur, Nationalität, Sprache,

gen abrufen. Betroffen sind davon Personen, die unter Terrorismusverdacht stehen oder im Verdacht stehen, Gewalttaten vorzubereiten oder mit einem fremden Geheimdienst zusammen zu arbeiten. Der Antrag der CDU/CSU, auch „inländische gewaltfreie Extremisten“ – also PDS, Antifa u.a. – in diese Regelung einzubeziehen, wurde abgewiesen. Wegen der ständigen Vermischung von „Terrorismus“, „Gewalt“ und „Extremismus“ in der öffentlichen Diskussion dürfte dieser Unterschied aber in der Praxis wenig bedeuten. Die Vermischung von Polizei und Geheimdiensten und die Schnüffelei der Dienste nehmen beinahe Orwellsche Ausmaße an.

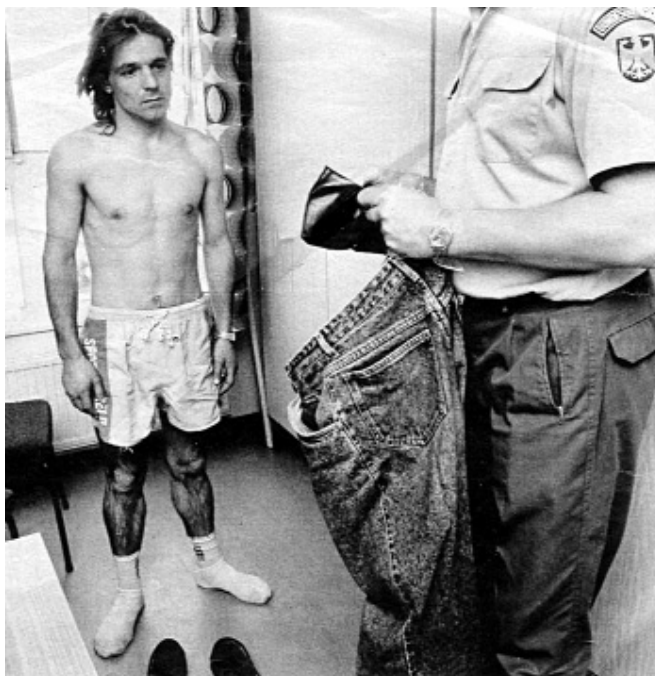
Für die Humanistische Union ist die Durchlöcherung des Trennungsgebots zwischen Polizei und Geheimdiensten „verfassungsrechtlich nicht hinnehmbar“. Und: „Solange kein Straftatbestand gegen einen Bürger besteht – und dann wären die Strafverfolgungsorgane zuständig und nicht die Geheimdienste – geht es den Staat nichts an, ob und wohin ein Bürger fliegt, wem er Emails schreibt, von wem er Post empfängt und welche Banküberweisungen er tätigt.“ Auch der Deutsche Richterbund kritisiert, dass damit „die Verfassungsschutzbehörden zu Ermittlungsbehörden weiter entwickelt werden, die einer justiziellen Kontrolle nicht unterliegen.“

Zusätzlich werden sog. „IM-SI-Catcher“ zur Überwachung von Handy-Nutzern eingeführt und die Möglichkeiten für Lauschangriffe auf Wohnungen und generell die Überwachung des Fernmeldeverkehrs massiv ausgeweitet.

- Alle Geheimdienste erhalten einen Online-Zugriff auf die Millionen Daten des Ausländerzentralregisters. Alle Dienste dürfen auch die Daten des Ausländervereinsregisters beim Bundesverwaltungsgericht – dort sind 16.000 Ausländervereine gespeichert – jederzeit abrufen.

Faktisch läuft das auf eine Totalerfassung aller Flüchtlinge und MigrantInnen hinaus. Etwa 9 Millionen Menschen unterliegen künftig dem ständigen Zugriff der Geheimdienste.

Flüchtlingsräte weisen darauf hin, dass die Beobachtungsdichte des Verfassungsschutzes bei AusländerInnen schon jetzt etwa 20 mal so hoch ist wie bei Deutschen. Mit dem Gesetz wird diese Sonderverfolgung zum legalen Dauerzustand.



Lückenlose Kontrolle, jetzt jederzeit

Hautfarbe, da wird künftig nicht mehr nach Gründen gefragt, da findet schon gar kein demokratischer Dialog statt – statt dessen wird draufgehauen. Nicht Ursachenanalyse und Ursachenbekämpfung, sondern Repression – im Innern durch Polizei und Geheimdienste, im Ausland durch Militär – Festungspolitik nach innen und außen, so lautet die Parole der Stunde. Am härtesten trifft diese neue Politik die Flüchtlinge und MigrantInnen aus Osteuropa, aus dem Nahen und Mittleren Osten.

Aber nicht nur sie sind betroffen. Hier die wichtigsten Änderungen:

- Alle Geheimdienste – Verfassungsschutz, Militärischer Abschirmdienst und Bundesnachrichtendienst – dürfen ab sofort bei allen Banken, Versicherungen, Postunternehmen und Luftverkehrsunternehmen Daten von Verdächti-

Für den Berliner Rechtsprofessor Martin Kutscha ist das ein Schritt „hin zu einem totalitären Staatswesen“. Der Jesuiten-Flüchtlingsdienst schilderte in einem Schreiben an die Bundestagsfraktionen ein Gespräch mit Beamten der Sicherheitsapparate: „Einer wörtlich: ‚Glauben Sie mir, Herr Pater, hier werden die Fehler wiederholt, die bereits die Stasi zugrunde richteten‘.“

- Das Bundesamt für die Anerkennung von Flüchtlingen ist künftig verpflichtet, vertrauliche Unterlagen aus Asylverfahren an die Geheimdienste weiterzuleiten, wenn Flüchtlinge Angaben über ihre Verfolgung machen, die bei den Geheimdiensten einen Verdacht auf „Extremismus“ auslösen könnten.

Das Büros des Flüchtlingskommissars der UNO (UNHCR) hatte diese Vorschrift scharf kritisiert: „Die Verpflichtung, Informationen strikt vertraulich zu behandeln, gehört ... zu den Grundsätzen jedes Asylverfahrens“. Amnesty international protestierte, es sei nicht mehr gewährleistet, „dass die Daten nicht zu den Behörden der Verfolgerstaaten gelangen.“ Der UNHCR forderte eine ausdrückliche Klausel im Gesetz, „dass bei Flüchtlingen und Asylbewerbern eine Weiterleitung von Informationen an den Herkunftsstaat in der Regel unterbleiben muss.“ SPD und Grüne aber fügten bei der Schlußberatung statt dessen eine Klausel ein, die eine Weitergabe der Asyl-daten an ausländische Stellen sogar ausdrücklich erlaubt, soweit das „völkerrechtlich geboten“ sei. Damit müssen Flüchtlinge in Zukunft fürchten, dass – zum Beispiel nach einem Fahndungsauf-ruf über Interpol – ihre Angaben im Asyl-verfahren beim Verfolgerstaat landen.

Diese Neuregelung zu Gunsten der Geheimdienste des Bundes hat auch die Begehrlichkeiten der Landesämter für Verfassungsschutz geweckt. Auf Antrag der C-Länder fügten SPD und Grüne deshalb in der Schlußberatung noch eine Zusatzklausel ein, wonach die Ausländer-ämter der Länder künftig alle extremismus-relevanten Informationen über Ausländer „von sich aus“ an die Landes-ämter für Verfassungsschutz weiterleiten müssen.

- Auch bei Visaverfahren bei Einreisen aus Nicht-EU-Staaten sind die Dienste in Zukunft regelmäßig dabei. Wenn ein Verdacht auf „Terrorismus“ besteht oder andere Bedenken vorgebracht werden, soll das Visum verweigert werden. Alle Daten aus diesen Visaverfahren, auch die von Einladern, werden künftig zehn Jahre lang gespeichert.

Bei der bekannten Zusammenarbeit deutscher Dienste mit den Geheimdiensten „befreundet“ oder für die deutsche Wirtschaft interessanter Staaten dürfte es für Oppositionspolitiker/innen aus diesen Ländern in Zukunft erheblich schwieriger werden, ein Visum zu bekommen, um hier über Menschenrechtsverletzungen in ihren Ländern zu berichten.

Den Nebeneffekt dieser Regelung, daß so auch die deutsche Wirtschaft und Politik stärker vor Kritik an menschenrechtswidrigen Geschäften geschützt werden, dürften die Regierungsparteien gewollt haben.

- Ebenfalls ins Gesetz aufgenommen ist die Totalerfassung der biometrischen Daten der Bevölkerung. Jeder Paß und jeder Personalausweis soll in Zukunft in verschlüsselter Form biometrische Daten seiner Inhaber/in enthalten, die bei Kontrollen sofort entschlüsselt und gelesen werden können.

Während bei deutschen Staatsbürgern Einzelheiten der Speicherung in einem weiteren Gesetz geregelt werden sollen – Schily will erst ein EU-weit einheitliches Verfahren aushandeln – tritt diese biometrische Erfassung bei Flüchtlingen und MigrantInnen sofort in Kraft.

Auf Drängen der Datenschützer haben SPD und Grüne zwar noch eine ausdrückliche Klausel ins Gesetz genommen, dass ein bundesweites Register der biometrischen Daten oder eine Vernetzung der Register „nicht eingerichtet“ wird. Aber die korrekte Lesart für „nicht“ lautet wohl eher: „noch nicht“. Zudem bestehen diese Register – künftig inklusive biometrische Daten – ohnehin in jedem Bundesland.

- Das Bundeskriminalamt wird weiter ausgebaut zur Bundespolizei und bekommt die Berechtigung zur Datensammelung gegen Unschuldige.

Hier hatten die Grünen zwischenzeitlich behauptet, „Ermittlungen des BKA ohne Verdacht“ werde es nicht geben. Tatsächlich enthielt aber schon der erste gemeinsame Entwurf von SPD und Grünen die neue Vollmacht. Nur hieß es nicht „verdachtslose Ermittlungen“, sondern „Erhebung von Daten“.

Dieser neue Paragraph 7 Absatz 2 BKA-Gesetz wird „zu einer Flut von Anfragen bei potenziellen Datenbesitzern und Registern“ führen, befürchtet der Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Jacob.

Selbst der FDP-Justizminister von Baden-Württemberg kritisiert, dass damit die Länderhoheit in Polizeifragen untergraben und das BKA zu einem zusätzlichen Geheimdienst ausgebaut wird. Trotzdem waren SPD und Grüne bei den Schlußberatungen lediglich bereit, die neue Kompetenz des BKA auf 5 Jahre zu befristen. Dass die neue Vollmacht dann wieder aufgehoben wird, glaubt im Augenblick niemand.

- Massiv ausgeweitet werden auch die bisher auf „verteidigungswichtige“ oder „lebenswichtige“ Einrichtungen begrenzten Sicherheitsüberprüfungen von Beschäftigten. Die Bundesregierung nennt das „vorbeugenden personellen Sabotageschutz“.

In den Erläuterungen heißt es ausdrücklich, dass damit beispielsweise Beschäftigte an Einrichtungen und in privaten Firmen gemeint sind, „die der Versorgung der Bevölkerung (z.B. Energie, Wasser, Chemieanlagen, pharmazeuti-

sche Firmen, Banken) dienen oder die für das Funktionieren des Gemeinwesens (z.B. Telekommunikation, Bahn und Post) notwendig sind.“ Einzelheiten will die Bundesregierung durch Rechtsverordnung festlegen.

Damit können Hunderttausende Beschäftigte in Zukunft Opfer geheimdienstlicher Überprüfungen werden. Wer vorbestraft oder „extremismusverdächtig“ ist, wird entlassen oder gar nicht erst eingestellt.

Außerdem bekommen die Arbeitgeber damit Auskünfte über ihre Beschäftigten, auf die sie bisher laut Arbeitsrecht keinen Anspruch hatten.

Bürgerrechtsorganisationen warnen, dass „Journalisten bei Funk und Fernsehen, Krankenschwestern, Chemiker bei Bayer oder Schering, der Monteur bei der Telekom, Arbeiter bei der Post bis zu Arbeitern bei Kleinfirma, die für Wasserwerke oder E-Werke arbeiten“, künftig regelmäßig überprüft würden.

Gegen negative Bescheide ist zwar der Klageweg offen. Da die Geheimdienste aber ihre Quellen nicht offenbaren, dürften solche Klagen zumeist aussichtslos sein. Darauf hat auch die Humanistische Union hingewiesen: „Hier gilt, was z.B. das Bundesverfassungsgericht in einem konkreten Fall 1999 und der Verfasser als Richter am Landesarbeitsgericht Niedersachsen seinerzeit zu entscheiden hatte: Bei der Sicherheitsüberprüfung wird festgestellt, dass es Erkenntnisse gebe, die zum Arbeitsplatzverlust führen, ohne dass der betroffene Bürger erfährt, um welche angeblichen Erkenntnisse es sich handelt, und er folglich falsche ‚Erkenntnisse‘ nicht widerlegen und sich nicht wehren kann!“

Andere Punkte in Schilys Paket wie die Einbeziehung von Sozialdaten in die Rasterfahndung, die Ausdehnung der verdachtslosen Schleierfahndung des BGS an den Seegrenzen, Sprachanalysen zur schnelleren Abschiebung von Flüchtlingen aus Afrika und dem arabischen Raum, neue Verbotsgünde gegen Ausländervereine, erkennungsdienstliche Behandlung selbst von 14-jährigen Flüchtlingskindern und die Speicherung ihrer Fingerabdrücke und Fotos über 10 Jahre und länger können hier aus Platzgründen nicht näher geschildert werden.

Dass Geheimdienste eine Gefahr für jede demokratische Ordnung darstellen, ist allgemein bekannt. Diese Geheimdienste bekommen nun eine Fülle neuer Vollmachten, hunderte von Millionen DM mehr pro Jahr für ihre Arbeit und erheblich mehr Personal.

„Der Terrorist als Gesetzgeber“, hat Heribert Prantl das gesamte Gesetz in der *Süddeutschen Zeitung* am 8./9. Dezember zutreffend beschrieben.

Dem ist nichts hinzuzufügen. SPD und Grüne haben mit den Unionsparteien ein Gesetz verabschiedet, das einen rassistischen Überwachungsstaat schafft und eine Grundsteinlegung für einen Geheimdienststaat ist.

rül

Tödliche Brechmittelvergabe

Hamburg. Der 19-jährige Achidi J. ist am 12.12. an den Folgen einer gewaltsamen Brechmittelvergabe gestorben. Polizisten hatten den jungen Kameruner aufgegriffen und, weil sie ihn verdächtigten, Crack-Pillen geschluckt zu haben, zum „Zweck der Beweissicherung“ ins Rechtsmedizinische Institut geschafft, wo ihm das Brechmittel Ipecacuanha verabreicht wurde. Da der junge Mann sich verzweifelt wehrte, flößte ihm eine Ärztin das Brechmittel gewaltsam durch eine Nasen-sonde ein, während ihn mehrere Polizeibeamte niederhielten. Achidi brach zusammen und erlitt einen Herzstillstand. Wenige Tage später starb er.

Vor Jahren noch hatten sich Hamburger Behörden dagegen ausgesprochen, anderen Großstädten wie Bremen, Berlin und Frankfurt zu folgen und Brechmittel gegen als Drogendealer Verdächtige einzusetzen. Prof. Püschel, damals wie heute Leiter des Rechtsmedizinischen Instituts am UKE, hatte seinerzeit den Brechmitteleinsatz als aus medizinischer Sicht gefährlich, ja unter Umständen sogar lebensbedrohlich und in jedem Fall inhuman abgelehnt. Im Juli diesen Jahres war das alles vergessen. Der damals noch rot-grüne Senat glaubte, den drohenden Erfolg der Schill-Partei mit einer Politik verhindern zu können, die umsetzte, was Schill ankündigte: Sie beschloss, mit einer Politik der Härte gegen die offene Drogenszene vorzugehen und vermeintliche Drogendealer mit dem Brechmittel Ipecacuanha zu malträtieren. Die Verantwortung für die Durchführung übernahm Prof. Püschel. Der CDU/Schill-Senat übernahm die Praxis und beschloss zudem, die Bestimmungen für die Vergabe des Brechmittels weiter zu lockern.

Die Vergabe von Ipecacuanha ist alles andere als harmlos, sie führt zu wiederholtem, tagelang anhaltendem Erbrechen, Durchfall, Appetitlosigkeit, möglicherweise auch zu inneren Verletzungen und der Beeinträchtigung der Herzfunktion. Gewaltsam durchgeführt, ist sie lebensbedrohlich: Die Einführung der Nasen-sonde kann bei Gegenwehr einen wichtigen Nerv treffen und einen Herzstillstand auslösen.

So ist die Brechmittelvergabe als Beweissicherungsmaßnahme unverhältnismäßig, sie verletzt die Menschenwürde und ist durch nichts zu rechtfertigen. Ihre eigentliche Funktion ist tatsächlich auch nicht die Beweissicherung – aus Bremen und Berlin ist bekannt, dass sie in nicht einmal der Hälfte der Fälle Beweise erbringt. Sie ist mit ihren bewusst herbeigeführten unangenehmen und gesundheitsgefährdenden Folgen vielmehr eine

reine Schikane, ein Instrument der Strafe, zielsicher eingesetzt gegen Schwarzafrikaner. Mehr als alles andere machte das die Bürgerschaftsdebatte nach dem Zusammenbruch und Tod des jungen Kameruners deutlich. Ähnlich wie vorher Innensenator Schill kommentierte der CDU-Abgeordnete Lenders den Tod des 19-Jährigen: „Dieser Drogendealer hat mit dazu beigetragen, dass Menschen ins Elend gestürzt wurden, denen er dieses Teufelszeug verkaufte.“ Und der Schill-Abgeordnete Bauer rechtfertigte die tödliche Gewalt gar mit den Worten: Der Drogendealer sei nicht Opfer, sondern Täter. „Wer die Menschenrechte anderer mit Füßen tritt – und das tun Drogenhändler – muss damit rechnen, dass seine eigenen Rechte missachtet werden.“

Der Hamburger Senat hält eisern am Brechmitteleinsatz fest. Doch formiert sich Widerstand. Deutlich hat die Hamburger Ärztekammer, die sich schon Ende Oktober gegen gewaltsame Brechmittelvergabe aussprach, ihre Forderung wiederholt. Am Tag nach Achidis Zu-



sammenbruch kamen über 600 Menschen zu einer spontanen Demonstration zusammen (Bild); am 14. fand erneut eine hauptsächlich von Afrikanern organisierte Demonstration statt. Verschiedene Gruppierungen stellten gegen die Beteiligten und Verantwortlichen (Innensenator Schill) Strafanzeige.

Beachtenswert ist die Reaktion des Bundesverfassungsgerichts. Mitte der 90er-Jahre hatte das Frankfurter OLG festgestellt, dass die gewaltsame Brechmittelvergabe unverhältnismäßig und nicht mit der Menschenwürde zu vereinbaren ist. Andere Oberlandesgerichte dagegen hatten sich über solche Bedenken hinweggesetzt. Das Bundesverfassungsgericht hatte 1999 eine Verfassungsbeschwerde dagegen nicht angenommen, in der Sache dabei keine grundsätzlichen verfassungsrechtlichen Bedenken in Hinblick auf die Menschenwürde erkennen wollen. Nachdem sich Brechmittelbefürworter auf den Entscheid beriefen, dementierte das Gericht: Seine damaligen Auslassungen sagten „nichts darüber aus, inwieweit eine zwangsweise Verabreichung mit Blick auf den Schutz der körperlichen Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 1 S. 1 GG) und auf die Verhältnismäßigkeit des Eingriffs zulässig ist“. (PE, 13.12.) scc

Friedensbewegung appelliert an Israel, die Palästinenser und die internationale Öffentlichkeit

Beendet den Krieg im Nahen Osten!

Die Zuspitzung der Situation im Nahen Osten ist nicht nur eine Folge der seit 14 Monaten andauernden „Intifada“, des offenen Aufstands der Palästinenser gegen die als Besatzer empfundenen israelischen Sicherheitskräfte in den besetzten Gebieten. Die Gewalteskalation ist auch eine Folge der Politik der harten Faust des israelischen Premierministers Ariel Scharon. (...)

Die Ursachen für den Nahostkonflikt und damit letztlich auch für die gegenwärtige Gewalteskalation liegen aber tiefer. Sie liegen in Fehlentwicklungen, die zum Teil weit in die Geschichte der israelischen Staatsgründung hinein reichen, und in den vertanen Chancen der letzten Jahre. Israel hatte seine Sicherheit stets auf militärische Stärke gegründet und mit einer Expansionspolitik versucht, diesen Status zu sichern. Durch die Besetzung dieser Gebiete und die Errichtung jüdischer Siedlungen hatte sich die Lage weiter verschärft. Bei den vertriebenen Palästinensern, die teilweise seit Jahrzehnten in Flüchtlingslagern leben, wuchs der Hass auf die israelische Besatzungsmacht von Jahr zu Jahr. Aus diesem Potenzial lassen sich immer wieder „Kämpfer für die Befreiung Palästinas“ rekrutieren, die dann mit Anschlägen oder Selbstmordattentaten gegen Israel vorgehen. Wenn die israelische Armee darauf wiederum mit militärischen Mitteln antwortet, so dreht sie weiter an der Schraube der Gewalt, denn mit jedem Militärschlag wächst auch der Hass auf die Besatzer und die Bereitschaft zu weiteren Racheakten.

Vor wenigen Tagen haben 114 Staaten bei einer Konferenz der Unterzeichnerstaaten der Genfer Konventionen in Genf in einer Deklaration Israel ermahnt, dass die Bestimmungen der Genfer Konventionen zum Schutz der Zivilbevölkerung auch in den von Israel besetzten Gebieten einschließlich Ostjerusalem gelten. Die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Mary Robinson, erklärte auf der Konferenz: „Weder die israelische Politik der gezielten Ermordung palästinensischer Zivilisten noch Angriffe von Palästinensern auf israelische Zivilisten stehen im Einklang mit dem internationalen humanitären Recht.“ Insbesondere sei der Ausbau israelischer Siedlungen in den besetzten Gebieten ein Verstoß gegen die vierte Genfer Konvention. (...)

Nach Überzeugung der israelischen und der palästinensischen Friedensbewegung – die in ihren Gesellschaften zur Zeit einen sehr schweren Stand haben – kann der Krieg nur beendet werden, wenn beide Seiten aus der Gewaltspirale ausbrechen. Es ist ein schwerwiegender historischer Fehler von Scharon, wenn er die

Autonomiebehörde und Arafat persönlich für die palästinensischen Attentate verantwortlich macht und den Krieg gegen sie ausdehnt. (...) Sollten die israelischen Angriffe auf das Zentrum der Autonomiebehörde fortgesetzt werden, so stehen ein Bürgerkrieg in Palästina und möglicherweise ein großer internationaler Konflikt im Nahen Osten bevor.

In Übereinstimmung mit den friedensorientierten Stimmen auf israelischer und palästinensischer Seite – mit denen wir vor 10 Tagen in Kassel zusammengetroffen waren – fordern wir als erste Maßnahmen

- den sofortigen Rückzug des israelischen Militärs aus den besetzten Gebieten,
- die Einstellung der Luftangriffe auf palästinensische Einrichtungen,
- die Wiederaufnahme der israelisch-palästinensischen Verhandlungen,
- die Zulassung internationaler Beobachter unter Oberhoheit der Vereinten Nationen,
- die Zusicherung an die Autonomiebehörde, sich wieder frei bewegen zu dürfen,
- die Wiedereröffnung des palästinensischen Flughafens in Gaza.

Wir weisen darauf hin, dass es sich hierbei nicht um Zugeständnisse oder einseitige Verzichtmaßnahmen Israels handelt, sondern um die Herstellung normaler Beziehungen im Verhältnis zweier souveräner Partner. Auch die längerfristigen Forderungen der israelischen Friedensbewegung bedeuten keine „Kompromisse“ oder Gnadenbeweise Israels, sondern berücksichtigen nur das natürliche Recht der Palästinenser auf ein menschenwürdiges Leben und auf Heimat. Zu diesen längerfristigen Forderungen gehören

- das Recht auf einen eigenen palästinensischen Staat mit Ostjerusalem als Hauptstadt,
- die Räumung der israelischen Siedlungen auf dem Territorium des Palästinenserstaates,
- die Anerkennung des Prinzips eines Rückkehrrechts vertriebener Palästinenser.

Soll der Nahe Osten nicht im Inferno eines allgemeinen Krieges und Bürgerkriegs versinken, müssen den Menschen in Palästina endlich Perspektiven auf eine gleichberechtigte Existenz eröffnet werden. Von unserer Regierung erwarten wir mehr diplomatischen Druck auf Israel, eine friedensorientierte Politik einzuschlagen. Gerade als deutsche Friedensbewegung, die sich der besonderen Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk bewusst ist, setzen wir uns sowohl für das Existenzrecht Israels ein als auch für die Lebens- und Menschenrechte der Palästinenser. Wer Terror und Hass unter den Palästinensern besiegen will, muss den Menschen geben, was ihnen zusteht: Land und Frieden. (...)

Kassel, 14.12.01, Bundesausschuss Friedensratschlag, Dr. Peter Strutynski (Sprecher) (aus Platzgründen gekürzt)

Taliban verloren letzten Stützpunkt

Phase I des Krieges vor dem Abschluss?

Die US-Streitkräfte melden am 18.12. offiziell ihren Sieg bei Tora Bora. Damit haben die Taliban ihren letzten Stützpunkt verloren. Sie sind geschlagen.

Erstens hat sich bewahrheitet, dass es sich bei den Taliban mehr oder weniger um eine Söldnertruppe handelte, die kaum über Rückhalt in der afghanischen Bevölkerung verfügte.

Zweitens haben die US-Streitkräfte die Taliban durch ein großes Blutbad, ein gezieltes Massenmorden zerschlagen. Bis zum 6.12. fielen den US-Luftangriffen auf dicht besiedelte Gebiete nach einer detaillierten Untersuchung eines amerikanischen Universitätsprofessors fast 3.800 Zivilisten zum Opfer.¹ Die Zahl der getöteten Taliban-Kämpfer ist nicht bekannt, aber mit Sicherheit sehr hoch. Die US-Streitkräfte hatten den Befehl, keine Gefangenen zu machen, und sie haben ihn konsequent befolgt. Zuletzt haben sie bei der Bombardierung der Höhlen, Bunker und Abwehrstellungen bei Tora Bora die berüchtigten BLU-82-Bomben eingesetzt, die buchstäblich alles Leben im Umkreis von 600 Metern ausradiiert. Bekannt wurde auch, dass sie die Übergabeverhandlungen zwischen den Anti-Taliban-Kräften und den Al-Kaida-Kämpfern in den Bergen bei Tora Bora blockierten und selbst die Führung im Bodenkampf übernahmen, um zu verhindern, dass die feindlichen Kräfte sich ergeben oder entkommen. Nur wenige wurden gefangen genommen. Zur Zeit suchen, so wird gemeldet, US-Soldaten unter den Leichenbergen in den weitverzweigten Höhlen nach führenden Al-Kaida-Mitgliedern. Gleichzeitig wird die Bombardierung der Region fortgesetzt.

Drittens begann sich die drückende militärische Überlegenheit der USA zu dem Zeitpunkt voll zu entfalten, als ihre Kampfflugzeuge durch Bodenbeobachter, d.h. durch in Afghanistan abgesetzte Luftlandeeinheiten, unterstützt wurden und eine außerordentliche Zielgenauigkeit erreichten. Die Überlegenheit der USA basiert auf der entwickelten Satellitentechnik, die genaueste Beobachtung des feindlichen Gebietes und punktgenaue Luftangriffe auf alle erwünschten Ziele ermöglicht. Der Großteil der von den USA im Krieg eingesetzten Mittel ist auf diese Weise weitgehend unangreifbar.

Auseinandersetzung um die UN-Truppe für Afghanistan

Auseinandersetzungen vor allem zwischen den imperialistischen Mächten haben ein UN-Mandat für die vorgesehene internationale Truppe in Afghanistan bis heute (18.12.) verzögert. Auch die zu-

künftige afghanische Regierung versucht ein Wort mitzureden: So solle die UN-Truppe nur mit einem Mandat zur „Selbstverteidigung“ ausgestattet sein und nicht mehr als 1000 Soldaten umfassen. Doch bevor noch die Regierung ihr Amt antritt, sind Hunderte britische und französische Soldaten längst im Land, und auch ein deutscher Vortrupp von 60 Soldaten soll Afghanistan – ohne Bundesratsbeschluss – erreicht haben.

Der Konflikt verläuft hauptsächlich zwischen den USA und Großbritannien auf der einen Seite – die britischen Streitkräfte sollen das Kommando über die internationale Truppe übernehmen –, Frankreich und der BRD auf der anderen.

Die USA, die nicht daran denken, ihre Truppen aus Afghanistan zurückzuziehen, wollen keine internationale Truppe, die nicht ihrem Kommando de facto unterstellt ist, und Großbritannien fordert ebenso eine enge Verzahnung zwischen dem US-amerikanischen und britischen Kommando. Außerdem soll das Mandat auf drei Monate beschränkt werden. Die Verflechtung der US-Kampftuppen mit der internationalen „Frie-



US-Luftlandetruppen in Afghanistan

denstruppe“ liegt die Absicht zugrunde, Afghanistan ohne Rücksicht auf lokale und regionale Kräfte zu befrieden und Warlords, die ihren Ansprüche auf die Kontrolle von Gebieten durchzusetzen versuchen, mit Gewalt niederzuwerfen und ihre Truppen zu zerschlagen. Das ist nur konsequent, soweit es um die umfassende Kontrolle über Afghanistan geht.

Frankreich und die BRD fordern demgegenüber getrennte Kommandos und ein von vornherein längeres Mandat. Außerdem sind beide Konkurrenten unzufrieden damit, dass Großbritannien, das aufgrund seiner Geschichte als Besatzermacht gesehen wird, die internationale Truppe führt. Sie wollen eine Ordnung – auch im Hinblick auf ihre weltweiten imperialen Interessen und unter Berücksichtigung der weltweiten Kräfteverhältnisse –, die lokale Kräfte einbezieht und den eigenen Einfluss mittelbarer, dafür um so wirksamer sichert.

Dass sich die USA im Kern durchsetzen, ist kaum zu bezweifeln. Schließlich haben ihre europäischen Verbündeten mit ihnen mehr zu gewinnen als gegen sie. scc 1 Rainer Rupp (13.12. Bereits über 3.700 zivile Opfer ...) mit Verweis auf die US-Quellen



Russland und der Westen

In den Flitterwochen?

Bei ihrem ersten Zusammentreffen in Lubljana im Juni diesen Jahres begegneten sich Georg W. Bush und Wladimir Putin – schwer beladen – mit vielen offenen politischen Fragen.

Bush – erst knapp 6 Monate im Amt – hatte mit seiner Administration schon einige Pflöcke eingeschlagen, die die Richtung der zukünftigen Beziehungen der USA und damit des Westens zu Russland bestimmen sollten. In die Reihe dieser Vorankündigungen zukünftiger Politik gehörte die Erklärung Bushs, aus dem „veralteten“ ABM-Vertrag aus dem Jahre 1972 auszusteigen. Bush unterstrich das Ziel seiner Administration, ein für die USA geeignetes Antiraketenabwehrsystem (NMD) aufzubauen. Bush kündigte das Einfrieren weiterer Kredite des IWF für Russland an, wenn in Russland nichts gegen die Korruption unternommen wird. Und konkret kam es Anfang 2001 zur Ausweisung einiger russischer Diplomaten, die der Spionage beschuldigt wurden. Und alles zusammen genommen verdeutlichte: Bush geht auf Konfrontationskurs zu Russland. Dem folgte Anfang April der Zwischenfall mit dem USAufklärungsflugzeug in chinesischen Hoheitsgewässern. Ein deutliches Signal in Richtung China und Russland, sich keineswegs dem US-amerikanischen Bestreben, auf dieser Welt über alles informiert und überall präsent zu sein, zu widersetzen.

Condoleezza Rice, Sicherheitsberaterin des US-Präsidenten und Zögling der texanischen Öllobby, erklärte „Russland zur Gefahr für den Westen im Allgemeinen“. Georg Tenet, seines Zeichens CIA-Direktor, schloss sich dieser Erklärung vor dem US-Senat mit der Einschätzung an, dass „Putin beabsichtigt, bestimmte Aspekte des sowjetischen Status, Russland als Großmacht wiederherzustellen, verfolgt“.

So kam dem ersten Treffen der beiden Präsidenten in Lubljana große Bedeutung zu. Dem allerdings folgte ein gegenseitig aufeinander gesungenes Loblied.

Bush erklärte, er habe Putin angeschaut und gesehen, dass „dieser Mann es ehrlich meint“. Putin stand dem nicht nach und lobte, Bush habe auf ihn den Eindruck eines Mannes gemacht, der weiß, was er will.

So kam es im Verlaufe des Jahres noch an anderen Orten der Welt zu Gesprächen, in Shanghai, in Genua und schließlich in den USA. Bei Spareribs traf man sich dann schließlich auf der präsidenteneigenen Farm in Texas und erklärte sich anschließend zu Freunden. Offenbar ein Bestreben heutiger Politiker, sich die Zeit zu vertreiben und der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen.

Das Treffen in Texas hatte nun schon nach dem 11. September stattgefunden. Die Erklärung der Freundschaft hatte ihre Gründe.

Putin war unter den Ersten, die nach den Terroranschlägen in den USA handelten. Er erklärte seine Unterstützung und Solidarität mit den USA und bot umfassende Hilfe an. Das überraschte nicht nur in den USA. Selbst in konservativen Kreisen wurde über eine neue Phase in den Beziehungen Russland – USA gesprochen, Russland und die USA in den Flitterwochen!

Aus Moskau kamen in einigen Fragen versöhnlichere Töne. In den Gesprächen mit Bush wurde angesichts veränderter internationaler Bedrohungsszenarien über die Möglichkeit einer erweiterten strategischen Zusammenarbeit gesprochen. Offenbar längst fällige Entscheidungen wie die Schließung der elektronischen Aufklärungsstation in Lourdes (Kuba) und der Marinebasis in der Cam Ranh Bucht in Vietnam wurden als Entgegenkommen Russlands offeriert. Putin äußerte gegenüber dem Generalsekretär der NATO, Robertson, und Vertretern der EU die Bereitschaft Russlands, neu über das Verhältnis zur NATO nachzudenken.

Russland nutzte die Gunst der Stunde, da sich die USA angreifbar gezeigt hatten, um eigene Interessen durchzusetzen. Möglicherweise forderte Russland für seine Zustimmung zur verstärkten Einbeziehung zentralasiatischer Republiken in die Militäraktionen der USA in Afghanistan größere Zurückhaltung in Sachen Tschetschenien. Jedenfalls forderte Russland die Anwendung nur eines Standards bei der Beurteilung terroristischer Aktionen und damit eine Gleichbehandlung seiner Aktionen im Kaukasus mit denen der USA und Großbritanniens in Afghanistan. Besonders deutlich wurde das, als Bundeskanzler Schröder sich laut über eine veränderte Position des Westens zum Tschetschenienproblem äußerte. Denn die Zustimmung Russlands zu den „Antiterroraktionen“ der USA ist eng mit Fragen der Tätigkeit militanter Kräfte, die mit Osama ben Laden in Verbindung gebracht werden, in Russland und an seinen Grenzen verbunden. Ein enger Mitarbeiter Präsident Putins brachte das in einem Interview Mitte Oktober auf eine einfache Formel: „Es stand die Wahl

zwischen einer Präsenz der USA in Usbekistan oder dem Eindringen der Taliban in Tatarstan“ (Tatarstan ist ein souveräner Staat, assoziiert mit der Russischen Föderation, gelegen im Zentrum der RF am Zusammenfluss von Wolga und Kama, Einwohner: ca. 3 Mio., starker islamischer Bevölkerungsanteil).

Interessant ist eine Gegenüberstellung von Meinungen russischer und amerikanischer Politiker zu der sich entwickelnden Lage nach dem 11. September und dem Krieg des Westens gegen die Taliban in Afghanistan.

Führende russische Persönlichkeiten halten es für äußerst schädlich, sich in den Krieg einbeziehen zu lassen. Nationale Interessen – so sagen sie – haben Vorrang. In diesem Falle heißt das, die Länder Zentralasiens in der Auseinandersetzung mit den militanten Islamisten zu unterstützen und damit keine Positionen in dieser Region aufzugeben.

Präsident Putin wurde angeraten, den USA Bedingungen für das russische Engagement zu stellen und zu fordern, dass der Westen aufhören muss, Russland im Kaukasus und Zentralasien zu blockieren. Russland muss in relativ kurzer Zeit in die WTO aufgenommen werden. Im Rahmen des UN-Sicherheitsrates sind klare Bedingungen zu formulieren, dass Russland an allen Entscheidungsfindungen beteiligt wird. Darüber hinaus sind alle Länder, die tschetschenische Gruppen unterstützen, aufzufordern, diese Unterstützung zu unterbinden und einzustellen (genannt werden Länder wie Georgien, die Türkei, Polen, Litauen und Estland – Nesawisimaja Gaseta, 21.9.01).

Vor dem Treffen der Präsidenten in den USA formulierte die konservative Heritage Foundation einige Forderungen, die Bush gegenüber Putin durchsetzen sollte:

- USA kann Russland kein Vetorecht in Sachen Raketenabwehr gewähren. Die nationale Sicherheit der USA erfordert die Einstellung jeglicher Kontrollmaßnahmen.

- Russland reduziert sein Atomwaffenarsenal auf 1.500 Raketen. China darf nicht mehr als 100 besitzen. Potenzielle Atomkräfte der Dritten Welt dürfen keine Atomwaffen entwickeln bzw. nicht über mehr als 50 verfügen. Den USA müssen Tests zur Modernisierung ihres Arsenal und zur Errichtung des NMD erlaubt werden, was die Akzeptanz Russlands des Aufbaus des NMD-Systems einschließen muss. Es wurde Bush angeraten, in diesem Sinne eine einseitige Erklärung abzugeben, die auch zukünftige Handlungen gewährleistet. (Heritage Foundation, 7.11.01)

Auf der texanischen Farm Crawford wurde hart verhandelt. Bush erklärte wiederum seine Absicht, aus dem ABM-Vertrag auszusteigen, und Putin bezeichnete den Vertrag als Eckpfeiler für die internationale Sicherheit und Stabilität.

Die von der Heritage Foundation gegebenen Empfehlungen wurden im We-

sentlichen alle vorgebracht. Die Bush-Administration will volle Handlungsfreiheit besitzen. Hilfreich erscheint den USA die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzlage Russlands, das an einer Reduzierung der strategischen Waffensysteme interessiert ist. So kann die Zusage der USA, eine Reduzierung vorhandener Kernwaffen auf 1 700 bis 2 500 vorzunehmen, ohne jedoch eine vertragliche Grundlage in Form des Abschlusses des START III-Vertrages zu schaffen, Russland beruhigen und den USA freie Hand bei der Schaffung des NMD-Systems geben.

Neue Lage nach Kündigung des ABM-Vertrages

Der nun offiziell erklärte Ausstieg der USA aus dem ABM-Vertrag schafft eine völlig neue Lage. Die russische Reaktion war gelassen, verdeutlichte aber die Erkenntnis, dass es keine Mittel gibt, die Bush-Administration von dieser Entscheidung abzubringen. Bush sah offenbar nach den „Siegen“ in Afghanistan die Stunde für gekommen, in der die langfristig vorbereitete Entscheidung zum ABM-Vertrag verkündet wurde. Putins Erklärung, dass Russlands Sicherheit nicht gefährdet ist, fußt offenbar auf der Erkenntnis, dass es den USA um mehr geht als um den möglichen Konkurrenten Russland. Der Aufbau des NMD-Systems soll es den USA ermöglichen, weltweit militärische Aktionen zu unternehmen. Das von der Bush-Administration angestrebte militärische neue Konzept ist Teil einer langfristigen Planung, die die USA in die Lage versetzt, ohne Zustimmung der UNO oder irgendeines anderen Gremiums Interventionen an jedem beliebigen Ort der Welt durchführen zu können. Die lakonische Reaktion Russlands fußt auf der Erkenntnis, dass die USA strikt nach eigenem Gutdünken handeln und die Welt, einschließlich Russland oder China, vor dem Stärkeren zurücktreten müssen.

Der kurze Honeymoon zwischen Russland und den USA ist schon wieder vorbei. Das, was offiziell läuft, ist Schein. Die Antiterrorallianz wird auf eine harte Probe gestellt, und Russland kommt zur bitteren Erkenntnis, dass die Annäherung an den Westen ein dorniger Weg ist und langfristigen Charakter trägt.

Mit dem Ausstieg aus dem ABM-Vertrag werden die USA möglicherweise einen neuen Rüstungswettlauf auslösen, der sich schließlich gegen sie selbst richtet.

Nach der Euphorie der ersten Wochen nach dem 11. September ist Nüchternheit eingeleitet. Russlands Aktion in Kabul, sich eine Versorgungsbasis durch den Einsatz leicht bewaffneter Kräfte zu sichern (siehe Pristina!), hat in Washington nicht nur Unwillen hervorgerufen. Blairs Initiative, Russland näher an die NATO zu bringen, endete mit einem kräftigen Einspruch seitens des Pentagon und eines bedeutenden Teils des US-Kongres-

ses: Es bleibt bei 19 + 1 und Russland weiter in einer gewissermaßen isolierten Lage in seinem Verhältnis zur NATO.

In Russland wächst die Erkenntnis, dass Bush junior ein artiger Nachfolger seines Vaters ist, der das vollenden will, was der Senior nicht schaffte: Saddam Hussein zu beseitigen, was Rumsfeld und bestimmte Kongressabgeordnete nach dem „Blitzkrieg“ in Afghanistan fordern. Es wird befürchtet, dass Bush ohne Ruhepause sich Somalia oder dem Irak zuwendet. Die russische Reaktion auf diese Absichten bleibt abzuwarten. Deutliche Erleichterung herrscht im Kreml, dass die Taliban vorerst beseitigt sind. Ob sich Russland der Dominanz der USA unterordnet, bleibt abzuwarten. Klar ist, dass sich russische nationale Interessen häufig im Gegensatz zu denen der USA befinden werden.

So ist in der schon zitierten Zeitung zu lesen, dass „sich in Russland niemand zu brüsten braucht, gezwungenermaßen Begleiter der USA im weltweiten Kampf gegen den Terror gewesen zu sein“. (*Nesawisimaja Gaseta*, 14.12.01).

Russlands (Putins) Zuneigung gehört offenbar mehr den europäischen Angelegenheiten, vor allem aber der Frage der Beziehungen Russlands zur Europäischen Union. Im Zentrum der Aufmerksamkeit befindet sich deshalb die Bundesrepublik und der deutsche Kanzler, der sich von Weihnachten zu Weihnachten bisher viermal mit Putin traf. *abe*

Lateinamerikanische Linke traf sich in Havanna

Zum Jahresausklang war Havanna Austragungsort des 10. Treffens des Sao Paulo Forums, das damit auch seinen zehnten Jahrestag feierte. 1990 hatten sich zum ersten Mal in der brasilianischen Industriemetropole Sao Paulo linke und progressive Bewegungen zusammengefunden, um sich nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus und der offensichtlichen Krise des europäischen Sozialismus über die entstandene Lage auszutauschen und Ansatzpunkte für eine realistische Analyse der Situation zu erarbeiten.

Im Vergleich zu diesem Vorhaben vor elf Jahren hat das Havanna-Treffen den Zusammenhalt und die Lebensfähigkeit des Forums bestätigt. Nach wie vor betrachtet es sich als Ort der Diskussion und des Meinungsaustausches, unterstreicht aber gleichzeitig, dass es an Profil und politischer Identität gewonnen hat. Es hat den Übergang von einem nur auf Analyse und Debatte beschränkten Forum überwunden und ist daran gegangen, Alternativen zum herrschenden neoliberalen Modell, wie es in Lateinamerika implementiert wurde, zu suchen. Das Treffen in Havanna, an dem mehr als 100

Parteien und linke Organisationen teilnahmen, bestätigte diesen Trend. Das Scheitern des neoliberalen Modells und der negativen Auswirkungen der neoliberal orientierten Globalisierung führten zur Verstärkung des sozialen Protestes und der Erstarkung emanzipatorischer und sozialer Bewegungen, wofür die sozialen Erhebungen in Argentinien bezeichnender Ausdruck sind. Gleichzeitig wurde festgestellt, dass neben Privatisierung und Deregulierung repressive Maßnahmen und eine Kriminalisierung sozialer Proteste zunehmen. Mit großer Sorge stellten die Teilnehmer des Treffens fest, dass die Ereignisse um den 11. September von den USA ausgenutzt werden, „sich als Hüter des internationalen imperialistischen Systems zu fühlen und ihre Rolle als solcher zu intensivieren“ (Hauptdokument des 10. Treffens des Sao Paulo Forums, Dezember 2001). Insbesondere stellen sie fest, dass mit der von den USA angestrebten Gesamtamerikanischen Freihandelszone (FTAA) ein neues Modell imperialistischer Dominanz in Lateinamerika geschaffen wird.

Neue Strategien, so stellt das Forum fest, sind erforderlich. „Eine alternative Entwicklung erfordert die Einführung neuer Kriterien und Prioritäten bei der Nutzung ökonomischer Ressourcen und der Verteilung der Resultate wirtschaftlicher Tätigkeit, die den sozialen Ansprüchen der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung entsprechen.“ Das bedeutet:

Veränderung der Gesellschaft und der Arbeit in den jetzigen Strukturen der Wirtschaft und

die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Souveränität in den Beziehungen zwischen den Staaten.

Im Mittelpunkt ihres Kampfes stellen die Linken Lateinamerikas die Auseinandersetzung mit der geplanten Freihandelszone FTAA und der Durchsetzung eines demokratisch und sozial orientierten Modells lateinamerikanischer Integration, in deren Mittelpunkt der politische Kampf um das einheitliche Auftreten der Länder des Kontinents gegenüber der übermächtigen USA gestellt wird.

Spürbar verändert hat sich die Haltung des Forums gegenüber der europäischen Linken, wobei die Pluralität des Forums auch Pluralität in den internationalen Beziehungen bedeutet. Wichtig erscheint deshalb aber die Feststellung, dass nicht nur Koordinierung in Lateinamerika erforderlich ist, sondern eben auch produktive Verbindungen zu Europa erforderlich sind.

Das Sao Paulo Forum unterstrich die bedeutende Rolle des Weltsozialforums in Porto Alegre (Brasilien), das als Meilenstein in der Entwicklung sozialer Bewegungen und des massenhaften Protestes gegen Neoliberalismus und seine Folgen gesehen wird. Erforderlich ist die Schaffung von Klarheit über die Rolle der Zivilgesellschaft, ohne deren aktive Beteiligung eine neue Weltwirtschaftsordnung nicht möglich sein wird. *abe (s.a. S. 21)*



Über 100.000 Menschen beteiligten sich an der gewerkschaftlichen Demonstration gegen den EU-Gipfel am 13.12. in Brüssel (links oben: gegen Privatisierung), noch einmal rund 30.000 tags darauf an der Demonstration der antikapitalistischen Globalisierungsgegner (links unten: Hier stand der Widerstand gegen den Krieg im Mittelpunkt). Daneben fanden zahlreiche kleinere und größere Protestaktionen gegen den EU-Gipfel statt. 150 Demonstranten wurden am 14.12. vorübergehend festgenommen, weitere 120, als sie gegen die Festnahmen demonstrierten. Im Aachener Dreiländereck hatte der BGS eine großangelegte und generalstabsmäßig geplante Aktion gegen Globalisierungsgegner durchgeführt, um ihnen die Einreise nach Belgien so schwer wie möglich zu machen. Etliche wurden gar nicht nach Belgien gelassen, mehrere Dutzend Personen aus dem Zug nach Brüssel herausgeholt und zurückgeschickt.



Österreich: Auseinandersetzungen um zweisprachige Ortstafeln

Der österreichische Verfassungsgerichtshof hat eine umstrittene Regelung im Rahmen des sog. Volksgruppengesetzes aufgehoben, die zweisprachige Ortstafeln dann vorschreibt, wenn der slowenische Bevölkerungsanteil in der betreffenden Ortschaft mehr als 25% beträgt. Das Gericht ist der Auffassung, dass ein Anteil von 10% reiche, um die Aufstellung zweisprachiger Schilder obligatorisch zu machen. Landeshauptmann Haider (FPÖ) erklärte daraufhin, dass es keine zusätzlichen zweisprachigen Ortsschilder geben werde, und kündigte eine „Volksbefragung“ an. Die äußerste Rechte versucht damit, eine Kampagne gegen die Rechte der slowenischen Minderheit zu entfachen.

OSZE beendet Mission in Lettland und Estland – Diskriminierung noch nicht beendet

Die OSZE hat angekündigt, ihre Beobachtermission in den beiden baltischen Staaten demnächst zu beenden, da deren Einbürgerungs- und Sprachenpolitik eine bedeutende Annäherung an internationale Normen erreicht habe. Die OSZE hatte seinerzeit die Mission vor allem deshalb beschlossen, weil den zu „Staatenlosen“ erklärten russischsprachigen Einwohnern – allein in Lettland ca. 500.000, in Estland 220.000 – durch

Sprach- und Staatskündetests sowie hohe Gebühren kaum zu überwindende Hürden zur Einbürgerung errichtet worden waren. Außerdem waren Staatsbürger, die die Landessprache nicht vollständig beherrschten, in ihren politischen Rechten beeinträchtigt, so wurden sie vom passiven Wahlrecht ausgeschlossen. Die OSZE ist der Auffassung, dass die Motivationskampagnen und staatlichen Förderprogramme für den Spracherwerb die Diskriminierung weitgehend beseitigt hätten; außerdem hat Estland nach heftiger Debatte den Ausschluss vom passiven Wahlrecht per Gesetz aufgehoben, Lettland wenigstens eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die einen Lösungsweg erarbeiten soll.

Russland kritisiert die Ankündigung der OSZE und macht geltend, dass im Jahr 2001 in Lettland lediglich 8000 „Staatenlose“, in Estland 3.500 ihre Einbürgerung erreicht hätten, der ganz überwiegende Teil dagegen diskriminiert bleibe.

Ungarn: Neues Sprachengesetz verabschiedet

Ende November hat das ungarische Parlament ein Sprachengesetz verabschiedet, das die Verwendung ausländischer Wörter in der Werbung verbietet. Ziel ist, so das Gesetz, die ungarische Sprache von „unerwünschten Einflüssen von Fremdsprachen durch die Globalisierung“ zu befreien.

Deutsch-ungarischer Militärlaster in Planung

DaimlerChrysler und die ungarische Firma Rába stellten auf der 5. Mitteleuropäischen Wehrtechnik- und Flugzeugschau den ersten Prototyp eines geplanten gemeinsamen Lastwagens vor, der wahrscheinlich Ende 2004 zur Serienreife kommt. Die Endmontage des Lastwagens, zu dem DaimlerChrysler die mechanischen und elektronischen Komponenten beisteuert, findet in Ungarn statt. Von dort wird er in die ganze Welt geliefert, in Ungarn selbst unter der Markenbezeichnung Rába, in der übrigen Welt als DaimlerChrysler-Produkt. Der Lastwagen ist ein Mehrzweckfahrzeug sowohl zur zivilen wie zur militärischen Nutzung. Hauptabnehmer, das steht bereits jetzt fest, wird das Militär sein.

Tschechien: Privatisierungsverhandlungen begonnen

Die tschechische Regierung hat Verhandlungen über die Privatisierung des Elektrokonzerns CEZ aufgenommen, der u.a. das Kernkraftwerk Temelin betreibt, sowie über sechs Distributionsfirmen. Vor allem die französische Gesellschaft Electricité de France und das italienisch-spanische Konsortium Enel/Iberdrola haben Aussichten, von der Privatisierung der tschechischen Stromwirtschaft zu profitieren. Bei der Privatisierung des Gaskonzerns Transgas erhielten am 17.12. die deutschen RWE den Zuschlag.

Erfolg für US-Hafenarbeiter

Im November wurden gegen fünf US-amerikanische Hafenarbeiter und Mitglieder der Hafenarbeitergewerkschaft ILA die vor fast zwei Jahren angestregten Verfahren wegen Aufstands und Konspiration eingestellt. Im Januar 2000 hatten sich 150 ILA-Mitglieder an einer Mahnwache im Hafen von Charleston beteiligt, um gegen den überraschenden Einsatz nicht gewerkschaftlicher Arbeitskräfte zu Löscharbeiten auf einem dänischen Frachter zu protestieren. Die Fünf wurden verhaftet, nachdem 600 Beamte der Sondereinsatzkräfte der Polizei mit Schlagstöcken und Tränengas gegen die Demonstranten vorgegangen waren. Der Staatsanwalt – er versprach einen „Aktionsplan gegen gewalttätige Übergriffe der Hafenbeschäftigten: Haft, Haft und noch mehr Haft“, musste später deshalb das Verfahren zurückgeben – bestand auf der Anklage wegen Aufstandes und Konspiration zur Planung eines Aufstandes, ihnen drohten damit langjährige Haftstrafen. Die Internationale Transportarbeitergewerkschaft startete eine Kampagne, international und in den USA fand die Forderung nach Rücknahme der Anklage große Unterstützung. Das vor allem führte jetzt zur Zurücknahme der Anklage.

Zusammenstellung: scc

HANNOVER, FRANKFURT A.M., BERLIN. An den Flughäfen Hannover in Langenhagen und Frankfurt a.M. demonstrierten am Tag der Menschenrechte Anfang Dezember jeweils 300-400 Leute gegen die dortigen Abschiebegefängnisse. Bei der Kundgebung in Niedersachsen wurde in Gedenken an den Tamilen Arumugasami Subramaniam, der sich vor genau einem Jahr im Alter von 17 Jahren im Abschiebeknast Langenhagen erhängte, kurzfristig eine Tafel am Gefängniszaun angebracht (Bild). Vor dem Frankfurt Flughafenterminal konnten in Sicht- und Hörweite Grußadressen an die internierten Flüchtlinge in englisch, französisch, arabisch und deutsch verlesen werden. Der Berliner Flüchtlingsrat machte mit einer Mahnwache vor dem Sitz der Berliner Innenverwaltung auf die Lage Jugendlicher im Abschiebegeheiß Berlin-Grünau aufmerksam. Die Zustände dort sind symptomatisch für viele Abschiebeanstalten in Deutschland. Trotz eines Beschlusses des Abgeordnetenhauses, künftig von der Inhaftierung minderjähriger Flüchtlinge abzu-
sehen, befinden sich dort zur Zeit 10 bis 15 Jugendliche in Haft.

www.indymedia.de, www.proasyl.de



Wieder Überfall auf ein Männerpaar – Protesterklärung des LSVD

KÖLN. Wie dem Schwulen-Überfalltelefon Köln am 10.12. gemeldet wurde, wurden der Koch Andreas B. und sein Freund Ian H. am Abend des 9.12. von mehreren jungen Männern zunächst angepöbelt und dann tödlich angegriffen. Andreas B. erlitt aufgrund des Übergriffs einen Nasenbeinbruch und eine Gehirnerschütterung. Der antischwulen Gewalttat in einer Kölner U-Bahn sahen eine Vielzahl von Fahrgästen tatenlos zu – ohne einzuschreiten. Der Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD), Landesverband NRW, verurteilt den feigen Übergriff auf Andreas B. und seinen Freund: Für das tatenlose Zusehen der Kölner Fahrgäste haben wir kein Verständnis. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit ist ein Grundrecht; dieses Recht ist staatlich zu schützen und durch die demokratische Gemeinschaft mit Engagement und Zivilcourage zu sichern. „Kölner lassen keinen allein“ – muss auch für Lesben und Schwule gelten.

Der Übergriff auf Andreas B. ist der dritte öffentlich bekannt gewordene Fall antischwuler Gewalt in diesem Jahr in Köln. Er macht deutlich, dass antihomosexuelle Gewalt auch heute immer noch zum Alltag von vielen Lesben und Schwulen zählt. Denn die Gewalttat gegen Andreas B. bildet nur die Spitze eines Eisberges ab; die meisten Fälle antihomosexueller Gewalt gelangen nicht in die Öffentlichkeit – die Mehrzahl der Taten werden nicht angezeigt oder den Schwulen-Überfalltelefonen gemeldet.

Gerade in Köln scheint es aufgrund des offenen Auftretens von Lesben und Schwulen vermehrt zu antihomosexueller Gewalt zu kommen. Diese reicht von Beleidigungen und Bedrohungen zu tätlichen Angriffen bis hin zu Tötungsdelikten. Als sogenannte Hauptstadt der Lesben und Schwulen und als Austragungsort des Europride 2002 – dem größten Lesben- und Schwulenevent Europas – muss die Stadt Köln auch die Sicherheit seiner lesbischen und schwulen Bürge-

rinnen und Bürger garantieren und stärken. Der LSVD fordert die Stadt Köln, die KVB und alle politisch Verantwortlichen dazu auf, sich mit der antihomosexuellen Gewalt in Köln auseinanderzusetzen und zum Europride in Köln ein tragfähiges Sicherheitskonzept mit der Polizei zu entwickeln. Darüber hinaus sind die Stadt Köln, die KVB und alle politisch Verantwortlichen dazu aufgefordert, sich eindeutig gegen antihomosexuelle Gewalt zu positionieren und öffentlich deutlich zu machen, dass in Köln antihomosexuelle Gewalt nicht geduldet wird. Der Lesben- und Schwulenverband in Deutschland e.V. engagiert sich seit zehn Jahren in der Opferhilfe und Prävention antihomosexueller Gewalt. In Nordrhein-Westfalen wurden in Aachen, Bielefeld, Bonn, Dortmund, Düsseldorf, Köln und Münster Schwule Überfalltelefone eingerichtet. Dort gibt es Beratung, Hilfe und Dokumentation unter der Telefonnummer 19228. www.lsvd.de

Rund 900 Menschen auf der Demonstration gegen die Rasterfahndung

DÜSSELDORF. Unter dem Motto „Freiheit stirbt mit Sicherheit“ demonstrierten am 9. Dezember rund 900 Menschen gegen



Rasterfahndung und Sicherheitswahn. (Bild) Aufgerufen hatten zahlreiche ASten aus Hochschulen und Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen, aber auch antifaschistische Gruppen, linke Stadträte und Vertrauensleute sowie Betriebsräte aus verschiedenen Betrieben und Gewerkschaften. Die Studierendenvertretungen unterstützen mit dieser und ähnlichen Aktionen, wie Veranstaltungen, Informationsblättern und Plakaten, ihre von der Rasterfahndung bedrängten ausländischen KommilitonInnen und helfen diesen auch mit Einzelberatungen sowie Klagen gegen Datenweitergabe.

www.zakk.de/kok

„Wir haben es satt“

Bekannte ehemalige DDR-Bürgerrechtler traten am 13.12. unter der Überschrift „Wir haben es satt“ mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, in der sie die Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik scharf kritisierten. Ausgehend von ihren Erfahrungen mit Unterdrückung und Widerstand in der DDR stellen sie fest: „Wir fühlen uns in unserer Auseinandersetzung mit den aktuellen Problemen unseres Landes und der Welt mehr und mehr an die uns wohl bekannten Übel der Diktatur erinnert ... Wir haben nicht vergessen, wie die Gummiparagrafen des politischen Strafrechts der DDR uns die Luft abgeschnürt haben. Wir greifen uns jetzt an den Hals, wenn wir lesen, mit welcher Leichtfertigkeit das Terrorismusbekämpfungsgesetz ... und die entsprechenden Entwürfe in anderen westlichen Staaten und auf europäischer Ebene Gummistricke drehen, die wir glücklich losgeworden zu sein gehofft hatten ... „Wir machen nicht mit, wenn Kriegseinsätze mit Worthülsen wie ‚Verantwortung übernehmen‘, ‚der neuen Rolle Deutschlands in der Welt‘, mit ‚Politikfähigkeit‘ und ‚der Durchsetzung der Rechte der Frauen‘ verharmlost werden. Wir verweigern uns diesem Krieg.“ Zu den 40 Unterzeichnern gehören mehrere frühere Mitglieder der letzten Volkskammer bzw. des Bundestages und von Landtagen, u.a.

Wolfgang Ullmann, Hans-Jochen Tschiche und Sebastian Pflugbeil. (Die ganze Erklärung wird demnächst unter der Web-Adresse www.wir-haben-es-satt.de veröffentlicht.)

Neonazikoalition plant Aufmarsch zum „Führergeburtstag“ in Weimar

WEIMAR. Zu der vom „Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Westthüringen (NSAW)“ angemeldeten Demonstration am 20. April 2002 in Weimar erklärt der Weimarer PDS-Bundestagsabgeordnete Carsten Hübner: „Auch wenn die Anmelder im Internet versuchen es anders darzustellen, eines ist klar: Das Datum für ihre Demonstration ist kein Zufall. Vom Anmelder Marko Polzius bis zum Redner Steffen Hupka soll die gesamte Bandbreite der extremsten Rechten in Weimar vertreten sein.“ Hübner fordert die zuständigen Behörden in Thüringen auf, alles zu unternehmen, um eine solche Demonstration oder Ersatzveranstaltungen zu verbieten und konsequent zu unterbinden. www.carsten-huebner.de

Demonstration gegen den Krieg und gegen das Kommando Spezialkräfte

CALW. Fast 1000 Menschen demonstrieren am 8. Dezember zuerst vor der Graf-Zeppelin-Kaserne, dem Standort des Kommando Spezialkräfte (KSK), dann in einem Demonstrationszug in die Calwer Innenstadt und auf dem Marktplatz. Ein breites politisches Spektrum forderte gemeinsam ein Ende des Krieges in Afghanistan, keine Ausweitung des Krieges auf andere Länder, keine Teilnahme der Bundeswehr und des Kommando Spezialkräfte am jetzigen und zukünftigen Kriegen und eine Auflösung des Kommando Spezialkräfte.

www.imi-online.de/index.php3

Aufruf der bayerischen Ausländerbeiräte zu den Kommunalwahlen

MÜNCHEN. Die Delegiertenversammlung der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns (AGABY) fordert die Parteien auf, bei den Kommunalwahlen am 3. März 2002 ein Zeichen gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit zu setzen. Durch sachliche politische Diskussionen sind Zukunftsperspektiven aufzuzeigen. Die Anstrengungen der Ausländerbeiräte und weiterer Organisationen sind zu unterstützen, die politische, soziale und kulturelle Gleichstellung von Deutschen und Nichtdeutschen durchzusetzen. Besonders intensive Sprachförderung ist nötig. Außerdem sollen sich die Parteien einsetzen für die Einführung des Kommunalwahlrechts für ALLE AusländerInnen. An die WählerInnen appelliert AGABY, die Parteien und Personen zu unterstützen, die sich gegen eine Spaltung der Gesellschaft und für eine Integrationspolitik einsetzen. www.agaby.de

Start für EU-weite Proteste von SchülerInnen und Studierenden

BERLIN. Mit einer EU-weiten Aktionswoche vom 10. bis 14. Dezember protestieren Schüler und Studenten aus ganz Europa gegen die Kommerzialisierung der Bildung, gegen Studiengebühren und die Liberalisierung des Bildungsmarktes in der Folge des WTO-lancierten GATS-Vertrages. In Deutschland fanden in mehr als 20 Städten Veranstaltungen, Demonstrationen oder gar Streiks statt. EU-weit waren auch witzige Aktionen dabei: So haben StudentInnen von der Universität Utrecht (Niederlande) als Protest gegen die immer weitergehende Kommerzialisierung des Bildungswesens am Montag Werbung auf Reklametafeln, Wänden, Mülleimern etc. aus der Uni Utrecht entfernt. In Montpellier (Frankreich) verpassten StudentInnen mehreren Universitätsgebäuden einen „neuen“ Namen: dort gibt es jetzt unter anderem ein Nike- und ein Bill Gates-Gebäude. Die StudentInnen informierten andere Studis über die Folgen des GATS-Vertrages für die Bildung. Der wallonische Teil

der Uni Brüssel streikt seit dem 10.12. Täglich fanden Informationsveranstaltungen zu EU- und Bildungspolitik statt. An mehreren Schulen und Unis in Belgien wurde am 13. und 14. Dezember ebenfalls gestreikt. In Spanien folgten nach zahlreichen spontanen Protesten und zwei Großdemonstrationen in Madrid mit jeweils mehr als 100.000 Teilnehmern an zahlreichen Unis Streiks am 12. Dezember. Weitere Proteste gab es in: Schweden, Dänemark, Niederlande, Frankreich, Italien, Griechenland, Österreich, Finnland und dem Nicht-EU-Mitglied Schweiz.

An der gemeinsamen Demo während des EU-Gipfels am 14. Dezember in Brüssel beteiligten sich 30.000 Menschen. Im Anschluss daran fand ein internationales Treffen von SchülerInnen und Studierenden zur Gründung eines Netzwerks gegen die Kommerzialisierung der Bildung statt. Auf der Webseite <http://int-protest-action.tripod.com> werden in Zukunft Informationen zur internationalen und EU-Bildungspolitik, Aktionen von Studenten und Schülern veröffentlicht.

<http://int-protest-action.tripod.com>



Bilder: www.indymedia.de



BOCHUM. In der Nacht vor dem 10.12. haben StudentInnen den Zugang zur Ruhr-Universität Bochum mit einer Mauer aus über 300 Kartons symbolisch versperrt. Damit protestieren sie gegen die drohende Zugangsbeschränkung zu Universitäten durch Studiengebühren. Auch am 11.2. stand die Mauer noch, während 300–400 in der Innenstadt demonstrierten. Während der Senatssitzung erhält Rektor Petzina von Studierenden ihr „letztes Hemd“. G.S.

Auslesen, Trennen, Diskriminieren

Woran erkennt man, dass man in wahrhaft schlechten Zeiten lebt? Vielleicht daran, dass das Unglück von gestern einem angesichts der anstehenden Veränderungen halb so schlimm vorkommt. So bot beispielsweise die Schulpolitik der rosa-olivgrünen Koalition mit ihrer Salamatik der Kürzungen, ihrer Testwut, ihrer ständigen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der LehrerInnen (aus der weitere Absenkungen des Bildungsangebots für die SchülerInnen folgten) und den Verwüstungen, die sie in den Gesamtschulen hinterlassen hat, wirklich keinen Grund zur Freude. Hält man jedoch die schulpolitischen Abschnitte in den Koalitionsvereinbarungen der Rechtskoalition neben diese Bilanz, dann wird schnell erkennbar, dass hier eine politisch qualitative Veränderung im schlechtesten Sinne ansteht.

Hürde Sprachprüfung für Migrantenkinder

Nach dem Willen der CDU/Schill/FDP-Koalition sollen Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache bei der Einschulung einer „Sprachüberprüfung“ unterzogen werden. „Bei erheblichen Defiziten erfolgen verbindliche Sprachfördermaßnahmen vor der Einschulung, so dass ausreichende Deutschkenntnisse bei allen Kindern zum Zeitpunkt der Einschulung sichergestellt sind.“ Schon vorher sollen „in Stadtteilen mit hohem Ausländeranteil ... Kinder, die eine Kindertagesstätte besuchen, schon vom 3. oder 4. Lebensjahr ein Sprachtraining“ erhalten – in Deutsch, versteht sich. Das muss bei national Denkenden schein-

bar nicht eigens erwähnt werden.

Was hier als Bemühen, „ausreichende Deutschkenntnisse“ bei 6 bis 7-Jährigen „sicherzustellen“, her kommt, ist in Wirklichkeit eine diskriminierende Steinzeitpädagogik. Alle Erkenntnisse fortschrittlicher Pädagogik verlangen, dass Sprachförderung früh beginnen soll, das steht nicht in Frage. Nähme man diesen Auftrag allerdings ernst, dann hieße das, dass gut ausgestattete Kindergärten, Vorschul- und Grundschulklassen für einen soliden Spracherwerb zu sorgen hätten – gemeinsam für alle Kinder, mit allen Kindern. Die pädagogische Zielsetzung „Spracherwerb“ setzt außerdem ein hohes Maß an Sensibilität – gerade auch für außerschulische Einflussfaktoren – voraus, die den Bürgerblockern fremd ist. Diese scheitern bereits bei der Festlegung, von welcher Sprache in diesem Zusammenhang zu reden sei. Mit einer Konzentration auf die Förderung der deutschen Sprachkenntnisse wird die Erst- und Muttersprache nicht ausreichend berücksichtigt. Dies widerspricht allen wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Spracherwerb. Die angestrebte Vereinheitlichung der sprachlichen Praxis in der Schule ignoriert nicht nur die sprachliche Vielfalt in Deutschland, sie benachteiligt direkt Kinder, die als erstes eine nichtdeutsche Sprache lernen.

Neben den pädagogischen enthält das Ansinnen aber auch juristische Probleme. Jedes Kind unterliegt der Schulpflicht. Sollten – auch nach „verbindlichen Sprachfördermaßnahmen“ – keine ausreichenden

Sprachkenntnisse erworben worden sein, müssen die Kinder trotzdem eingeschult werden. Die geplante „Sprachüberprüfung“ vor der Einschulung wäre also beliebig und würde zu einer Segregation ausländischer Kinder führen.

Ein Konzept für „soziale Entmischung“

Ähnlich verheerend ist die geplante Aufhebung der Schulgebietsgrenzen, die „die Wahlfreiheit der Eltern für die Schule ihrer Kinder schon ab der Grundschule“ vorsieht.

Um die Tragweite dieser Forderung zu verstehen, muss man sich vergegenwärtigen, dass die Grundschule mit ihrem festgelegten Einzugsgebiet gegenwärtig die einzige Schulform ist, in der mit allen Kindern eines Stadtteils über soziale, kulturelle, ethnische und sprachliche Grenzen hinweg integrativ gearbeitet, gelernt und gespielt werden kann. Schon jetzt ist die Zusammensetzung der Grundschulklassen in den verschiedenen Hamburger Stadtteilen sehr unterschiedlich, sie würde sich aber bei der freien Elternwahl noch mehr entmischen. Die „Go-West-Tendenz“ zwischen St. Pauli und den Elbvororten, die bereits jetzt ab Klasse 5 durch die Abwanderung von Mittelklassekindern mit Deutsch als Muttersprache schon viele Probleme gebracht hat und ein wesentlicher Grund für die geplante Schließung der Bruno-Tesch-Gesamtschule war, ist ein gutes Beispiel für die weitere Segregation von Kindern: Damit würde eine der wenigen Voraussetzungen für das gemeinsame Lernen von Kindern verschiedener Bevölkerungsschichten und -gruppen (zum Nachteil der Kinder von MigrantInnen und sozial Benachteiligten) weiter schwinden, und die wissenschaftlich belegten Vorteile in gemischten Lerngruppen wären gefährdet. Außerdem haben viele Grundschulen das Schulprogramm auf ihre stadtteilspezifische Schülerklientel ausgerichtet, eine kontinuierliche Arbeit braucht verlässliche Größen, nicht wechselnde Elternwahlen.

Notendruck schon für Achtjährige

Mit der unsinnigen und zutiefst populistischen Erklärung, dass ab Klasse 3 Ziffernoten eingeführt werden, rundet sich das Bild einer Schulpolitik ab, das seinesgleichen in schon lange zurückliegenden Zeiten sucht. Viele Grundschulen waren in Hamburg schon fast so etwas wie pädagogisch befreites Gebiet: Die Befreiung vom Lernen im Gleichschritt, die Individualisierung des Lernens entsprechend dem Takt des einzelnen Kindes, ist in vielen Grundschulklassen dank des großen Einsatzes von vielen LehrerInnen schon Wirklichkeit. Im Keim ist darin auch eine andere, menschliche notenfreie Schule insgesamt angelegt – für die Rechtskoalition offenbar Grund genug, dies per Verordnung abzuschaffen. Dabei hängen die fortschrittlichen Lernmethoden und die Art der Benotung untrennbar zusammen.

Wird diese Absicht in die Tat umgesetzt, können die Eltern in der Schulkonferenz



1979: Demonstration für eine Gesamtschule in Altona

Bildungspolitische Sprecher der PDS zu PISA und zur KMK

Die bildungspolitischen SprecherInnen der PDS auf Bundesebene, in den Landtagen und dem Bundestag erklären nach einer ersten Beratung zur PISA-Studie:

Die PISA-Studie „Schülerleistungen im internationalen Vergleich“ bedarf einer gründlichen Auswertung. Schnellschüsse und Aktionismus sind fehl am Platze. Die Ergebnisse zeigen gravierende Defizite in den Bildungssystemen in Deutschland. Sie lenken den Blick aber auch auf weit über die Schule hinausreichende gesellschaftliche Probleme. Im Grunde sind die Kernaussagen nicht neu und bestätigen die PDS in vielen von ihr seit Jahren erhobenen bildungspolitischen Forderungen.

Obwohl die PISA-Studie kostenaufwendig über 10 Jahre im Auftrag der OECD, die bekanntlich seit Jahren empirisch zu ermitteln sucht, wie sich das in Bildung investierte Kapital verzinst, nur Momentaufnahmen erhebt, also über Bildungsprozesse zwischen Input und Output nichts aussagt, sollten wenigstens die Urheber dieser Studie diese ernst nehmen, auch wenn die Ergebnisse ihnen nicht in den „Kram“ passen. Wer überall Ranking-Listen einführen will, muß es sich gefallen lassen, die schlechten Ergebnisse vorgehalten zu bekommen.

Die ersten Ergebnisse der PISA-Studie machen unserer Meinung nach folgendes deutlich:

1. Integrative Schulsysteme und Ganztagschulen sind kein veralteteter Spleen

der Linken, sie bewähren sich international mit überzeugenden Ergebnissen, und zwar nicht nur beim Sozialausgleich – was allein schon wichtige genug wäre – sondern auch in den Leistungen.

2. Im Zuge der Umgestaltung des Schulwesens muss es mehr als bisher möglich sein, mindestens bis zum Ende der Sekundarstufe I Ganztagsangebote einzurichten. Das entlastet nicht nur die Familien, sondern führt auch zu einer entspannteren Lernatmosphäre. Das bestätigen auch internationalen Erfahrungen.

3. Die Durchlässigkeit der Bildungsgänge muß gewährleistet werden.

4. Die schwachen Leistungen an deutschen Schulen und das ganz erhebliche Leistungsgefälle, machen deutlich, dass eine Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur ohne grundlegende inhaltliche Reformen des Schulwesens insgesamt eine sehr riskante Angelegenheit ist. Hier drohen Bildungseinschränkung in erheblichem Maße und vertiefte soziale Differenzierung.

5. Die PISA-Ergebnisse unterstreichen nochmals, dass mehr zu tun ist, um grundlegende Lernkompetenzen stabiler auszuprägen. Formen frei gestalteten selbstbestimmten Lernens, das Neugier auf Entdeckung, auf Unbekanntes, weckt, müssen weiterentwickelt werden.

6. Die Lehrerbildung bedarf einer grundlegenden Umgestaltung. Sie muss sich nicht nur stärker als bisher an der Schulpraxis orientieren und wissenschaftliches Detailwissen vermitteln, sondern auch alltagstaugliche Erfahrungen.

Die PDS wird die PISA-Ergebnisse zum Anlaß nehmen, ihre bildungspolitische Offensive gegen die wachsende Un-

gleichheit im Bildungswesen zu verstärken.

Als erstes wird sie bildungspolitische Debatten in den Landtagen und im Bundestag beantragen und darauf drängen, dass

- die Bildungsausgaben bundesweit drastisch erhöht werden und eine höhere Beteiligung des Bundes an ihnen gewährleistet wird

- flächendeckende, bedarfsgerechte Kita-Ganztagsangebote für alle Kinder zur Verfügung gestellt werden,

- die Selektionsmechanismen, das Sitzenbleiben und das Aussortieren der Schwächeren und Langesameren abgebaut werden

- Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und von Immigranten besonders gefördert werden.

- zügig mehr Ganztagschulen eingerichtet werden und zum längeren gemeinsamen Unterricht aller Kinder übergegangen wird.

Nach Ansicht der PDS haben die Kultusminister bisher völlig unzureichende Schlußfolgerungen aus der PISA-Studie gezogen.

Die Studie belegt, dass endlich ernst gemacht werden muß, Gesellschaft und Bildungswesen auf die neuen, sich rasch entwickelnden Anforderungen wirklich einzustellen und nicht nur darüber zu räsonieren. Eine grundlegende Reformierung der Bildungssysteme in der Bundesrepublik ist dringend erforderlich.

PDS Arbeitsgemeinschaft Bildungspolitik beim Parteivorstand, Kl. Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Tel.: 030/24009562, e-mail: gerd.buddin@pds-online.de

nicht mehr zwischen Berichts- und Notenzeugnissen mitbestimmen und in ihre Entscheidung eigene pädagogische Überlegungen und die der Lehrkräfte einfließen lassen. Berichtszeugnisse enthalten nämlich die Aufforderung an den Lehrer, den Leistungsstand der Schüler in Bezug auf die Lehrplanerwartungen transparent zu machen und deutlich zu benennen. Sie ermöglichen es aber zugleich, auch den Kindern zu bescheinigen, ob sie sich – gemessen an ihren Startleistungen – individuell in der wünschenswerten Richtung weiterentwickelt haben. Das qualifizierte Berichtszeugnis ist dafür das geeignetere Medium und zugleich immer wieder gewollter Anlass zu abklärenden Gesprächen zwischen Elternhaus und Schule. Dies können Ziffernzeugnisse nicht leisten. Im Gegenteil, individualisiertes Lernen wird mit ihnen nahezu unmöglich gemacht.

Testen, Prüfen, Ausschließen ohne Ende

Die weiteren Pläne sehen Abschlussprüfungen für alle Schulformen und standardisierte Leistungstests vor. Das bedeutet für

die Hauptschule und die Realschule, dass am Ende der jeweiligen Schullaufbahn nicht nur die Hürde steht, bestimmte Fächer mit bestimmten Noten abzuschließen, sondern – anders als jetzt – zusätzlich eine Prüfung ablegen zu müssen. Das heißt zunächst vor allem, dass verantwortungsbewusste LehrerInnen statt berufsvorbereitende Projekte durchzuführen, nach dem Willen von Beust, Schill & Konsorten zur Paukschule zurückkehren müssen, um die Abschlüsse vorzubereiten. Damit wird aber auch das Prinzip der Selektion verschärft und die Anzahl der Jugendlichen ohne qualifizierende Abschlüsse erhöht. Dazu passt dann auch die Einführung des Zentralabiturs nach 12 Jahren.

Diese Forderung ist ebenso populistisch wie vieles andere auch, was diese Koalition verzapft: Eine kürzere Schulzeit für das Abitur wird heute landauf landab gefordert, und wer auf diesem Gebiet etwas verspricht, dem wird in der Regel begeistert zugestimmt. Die Anzahl der Stunden, die SchülerInnen bis zum Abitur in den sogenannten „Kernfächern“ erteilt bekommen müssen, ist aber von der KMK (Kultusminister-

konferenz) festgelegt. Und über die Folgen einer weiter verdichteten Schulzeit spricht unter den Kürzungsbegeisterten niemand. Wie sollen SchülerInnen den vorgeschriebenen Lernstoff und die höhere Zahl von Unterrichtsstunden pro Woche in noch kürzerer Zeit leisten?

Hamburg nimmt bisher einen Spitzenplatz ein, was die Zahl der Abiturienten pro Jahrgang angeht (33%). In einigen anderen Bundesländern – in der Regel mit erzkonservativer Bildungspolitik – gibt es bereits das 12-jährige Abitur; dazu passt dann auch der geringere Anteil an Jugendlichen, die ihre Schulzeit mit dem Abitur abschließen. Wer vom Elternhaus wenig Unterstützung bekommt oder einfach das notwendige Interesse und Lernverhalten später entwickelt, der muss halt von der Schule mit dem Realschulabschluss abgehen. Und wer es bis in die 12. Klasse schafft, muss sich dann auch dem Zentralabitur stellen, das ausdrücklich einer Verschärfung gegenüber den jetzt in der jeweiligen Schule gestellten Aufgaben darstellen soll.

In Nachbarländern, wie z.B. Frankreich, gibt es ebenfalls ein Abitur nach 12 Jahren,

dort allerdings mit noch mehr Unterricht in der gesamten Schulzeit als bei uns jetzt! Fazit: Schulzeitverkürzung funktioniert nur im Ganztagsystem mit zeitgemäßen pädagogischen Ansätzen. Konkret bedeutet das mehr Schulstunden in weniger Schuljahren, mehr Sozialarbeit an den Schulen, mehr außerunterrichtliche Betreuung- und Unterstützungsangebote, also viel mehr Sachmittel und noch viel mehr Personal an den Schulen. Will mensch unbedingt eine kürzere Schulzeit mit möglichst großer Durchlässigkeit, dann muss auch das politisch gewollt sein. Von einem solchen politischen Willen kann aber bei der Dreierbande nicht die Rede sein. Im Gegenteil: Mit ihrem Maßnahmebündel werden alle erdenklichen Hindernisse auf dem Weg zu höherwertigen Bildungsabschlüssen und zur Erschließung von Begabungspotenzialen aller Kinder aufgebaut.

Gesamtschulen – eine aussterbende Schulart?

Auf diese Weise wird aber auch die Dreigliedrigkeit des Schulwesens zementiert mit dem Ziel, die Durchlässigkeit im Bildungswesen abzubauen. Es wird Gesamtschulen erheblich erschwert, die unterschiedlich erfolgreichen Jugendlichen in den höheren Klassen zu integrieren und ihnen den möglichen Abschluss so lange wie möglich offen zu halten. Das passt in das Bild von Politikern, denen die Integration von Kindern und Jugendlichen ein Dorn im Auge ist. So wurde bereits vom neuen Schulsenator Lange angekündigt, dass es bei der Zuweisung von Mitteln „erhebliche Einschnitte für die Gesamtschulen“ geben wird. Mit dem Hinweis auf die zu teuren Gesamtschulen findet die aufmerksame LeserIn in den Koalitionsvereinbarungen einen Hinweis auf die politischen Kräfte hinter den Bürgerblockern: die Handelskammer. Diese wurde seit längerer Zeit nicht müde, immer wieder zu betonen, dass die Jahreskosten pro SchülerIn in den Gesamtschulen höher als in jeder anderen Schulart sind. Hier gälte es eine „Gerechtigkeitslücke“ zu schließen.

Mal ganz abgesehen davon, dass Bildungsziele etwas mit der Verwirklichung aller Möglichkeiten des Individuums zu tun haben (was man nicht als Kosten-Nutzen-Kalkulation nachrechnen kann), dass es auch nicht schlimm wäre, wenn eine Gesellschaft sich die Integration von Kindern und Jugendlichen etwas kosten lassen würde, und auch mal davon abgesehen, dass noch niemand die volkswirtschaftliche Rechnung aufgemacht hat, was jede misslungene „Schulkarriere“ die Gesellschaft in der Folge kostet – diese Berechnung der Rechtskoalition ist einfach verlogen und brunnzum. Allein durch Sitznlassen (sogenannte „Klassenwiederholer“) verursacht das dreigliedrige Schulsystem jährliche Kosten von ca. 16 Mio. DM! Aber auch die Integration von Behinderten in den Gesamtschulen wird schlicht in die Gesamtsumme mit eingelogen. So rechnen PolitikerInnen, denen jedes Mittel recht ist, die



Welche Schulausbildung unbegleitete jugendliche Flüchtlinge zukünftig erhalten – und ob, ist offen.

Gesamtschule abzuwickeln. Die geplante Streichung von Mitteln, die Abschlussprüfungen, die Verkürzung der Schulzeit sind geeignet, die Gesamtschule als offenes, integratives und durchlässiges System, in dem immer noch Kinder von sogenannten „bildungsfernen“ Eltern die Chance zu einem Realschulabschluss oder Abitur haben, endgültig abzuschaffen.

Zum Arbeitsplatz Schule

Die Lehrerinnen und Lehrer an den Hamburger Schulen sind nicht nur aus pädagogischen Erwägungen über die Pläne des Rechtsblocks sauer. Waren sie schon von der SPD/GAL-Koalition mit der ständigen Entwertung ihrer Arbeit (Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung, steigende Aufgabenflut) konfrontiert, sehen sie die Verlogenheit der ehemaligen Opposition.

Bis zur Wahl hatten CDU/FDP sich noch vollmundig hinter die Forderungen der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) nach Erhalt der Altersermäßigung und einem verbesserten Altersteilzeitmodell gestellt. Da war von 450 bis 750 zusätzlichen Lehrerstellen die Rede. Allein für die Behebung des Unterrichtsausfalls hat die CDU genau bis zum 21. September 200 Stellen pro Jahr für nötig gehalten. Vereinbarung wurden zunächst 400 zusätzliche Lehrerstellen in dieser Legislaturperiode, jetzt werden ganze 180 Stellen bereit gestellt. Damit wollen Beust, Schill & Konsorten nicht nur „Unterrichtsgarantie gewähren“, sie wollen auch neue Ganztagschulen einrichten, „Senkung der Klassenfrequenzen

in sozial benachteiligten Stadtgebieten“, Förderung des Deutschunterrichtes, Reduzierung des bedarfsdeckenden Unterrichts von ReferendarInnen erreichen. Allein die geplante Schulzeitverkürzung erfordert aber bereits 150 Stellen. Dazu kommt ein Lehrermehrbedarf von 300 Stellen, wegen des Anstiegs der Schülerzahlen bis 2005.

Dass die angepeilten 180 Stellen hinten und vorne nicht reichen, liegt auf der Hand. Mit der düsteren Einschätzung der Finanzlage werden wir aber offenbar jetzt schon darauf vorbereitet, dass es bei den 180 Stellen bleibt. Deshalb verwundert es nicht, dass von Altersermäßigung und besserer Altersteilzeitregelung keine Rede mehr ist. Ganz zu schweigen von der Forderung der GEW nach Pflichtstunden senkung. Im Gegenteil: Auch mit dieser Regierung werden sie sich auf weitere Arbeitszeitverschlechterungen einstellen müssen. Arbeitszeitkonten und zusätzliche Arbeitsleistungen in den Ferien wie z.B. Betriebspraktika sind bereits angekündigt. Außerdem ist beabsichtigt, der Hamburger Lehrerschaft das (Mehr-)Arbeitszeitmodell zu verordnen.

In einer Erklärung der GEW heißt es in der Einschätzung der schulpolitischen Teile der Koalitionsvereinbarungen: „Durch den Koalitionsvertrag ziehen sich als Grundsätze der neuen Bildungspolitik soziale Entmischung, verschärfte Auslese und Elitebildung. Der Schwerpunkt liegt auf der Förderung Leistungsstarker und Leistungswilliger. Für sozial benachteiligte Kinder und Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern sind nur völlig unzureichende Maßnahmen vorgesehen. Ebenso fehlen Konzepte für die Arbeit mit lernunwilligen SchülerInnen und der hohen Zahl von Schulversagern.“

Schulpolitik – Teil eines Konzepts

Das Konzept der CDU/Schill/FDP-Koalition ist jedoch – entsprechend den Vorstellungen der Handelskammer und den mit ihr verbundenen Teilen des Kapitals – nicht nur auf einen Abbau von Bildungschancen für sozial Benachteiligte, sondern langfristig von Schule als Teil der öffentlichen Versorgung insgesamt gerichtet. Indem sie einem immer höheren Druck in Bezug auf eine immer größere Effizienz ihrer verwertbaren Produktion ausgesetzt wird und ihre soziale Bildungsfunktion der Stärkung des Individuums reduziert wird, wächst der „Bedarf“ nach privaten Mitteln: vom Nachhilfeunterricht bis zur Lehrerfortbildung, von der Computer-Ausstattung bis zur Eliteschule. Wenn wir das nicht wollen, brauchen wir allerdings mehr, als unsere Wut über rückschrittliche Pädagogik. Was Not tut, ist die Einordnung der Pläne zur Verödung der Schulen in die allgemeine Gesellschaftspolitik und die Zusammenfassung aller Betroffenen: der Beschäftigten, ihrer Gewerkschaften, der Menschen mit Bildungsbedarf, der Gesundheitsbeklachten, kurz: aller, die auf öffentliche Versorgung angewiesen sind.

Uli Ludwig, AG-Bildungspolitik der PDS

B-Ebene bleibt offen: FRANKFURT A.M. Der Verein LOBBY begrüßt die Entscheidung des Sozialdezernenten der Stadt, die B-Ebenen der Verkehrsbetriebe verbindlich geöffnet zu halten. Damit kommt die Stadt einer langjährigen Forderung der LOBBY nach. Dies ist umso notwendiger, als nach Recherchen der LOBBY zur Zeit alle Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe überfüllt sind. Das grundsätzliche Problem der Wohnungslosigkeit in den Ballungszentren kann dadurch natürlich nicht gelöst werden. Hier fordert LOBBY, dass die kommunalen Instrumentarien zur Verhinderung der Wohnungslosigkeit noch gezielter eingesetzt werden. Letztendlich müsse das Recht auf bezahlbaren Wohnraum über den Bundestag verbindlich festgelegt werden. www.lobby-ev.de

Trinkwasserversorgung: MÜNCHEN. Gegen eine mögliche Liberalisierung der kommunalen Trinkwasserversorgung hat sich in Bayern eine breite, parteiübergreifende Abwehrfront formiert und eine Allianz zur Sicherung kommunaler Trinkwasserversorgung (aquaKomm) gegründet. Dass neben Kommunen und Politikern, Wasserver- und Abwasserentsorgern, Verbänden und Organisationen auch die Bürger gegen den Ausverkauf kommunaler Daseinsvorsorge votieren, beweisen über 5000 Unterschriften, mit denen sich Münchnerinnen und Münchner beim Aktionstag am 18.9.2001 auf dem Marienplatz gegen eine Liberalisierung oder Privatisierung der kommunalen Wasserwirtschaft ausgesprochen haben.

Münchner Lokalberichte 25/26

Kompromiss zur Unternehmensbesteuerung: BERLIN. Das Ergebnis des Vermittlungsausschusses zur Unternehmensbesteuerung bleibt deutlich hinter den Erwartungen der Städte zurück. Die akute Finanznot der Städte infolge der dramatischen Einbrüche bei der Gewerbesteuer werde nur geringfügig gelindert, erklärte heute der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus. Als einzigen Teilerfolg bewertet der Städtetag, dass Firmen auf Dividenden aus Beteiligungen von weniger als zehn Prozent weiterhin Gewerbesteuer zahlen müssen, die ab 2002 vorgesehene Gewerbesteuerbefreiung für diese Fälle also nicht in Kraft tritt. Besonders enttäuschend ist aus Sicht der Städte, dass die Forderungen nach einer Absenkung des Anteils von Bund und Ländern an der Gewerbesteuer (Gewerbesteuerumlage) unerfüllt geblieben sind. Articus: „Das Aufkommen der Gewerbesteuer fällt in den Jahren 2001 und 2002 um fast 20 Milliarden Mark niedriger aus als der Bund im Gesetzgebungsverfahren zur Steuerreform im vergangenen Jahr vorhergesagt hat. Es gibt deshalb keinerlei Rechtfertigung

mehr für die von Bund und Ländern gegen den Widerstand der Städte durchgesetzte Erhöhung der Gewerbesteuerumlage.“ www.staedtetag.de

Pisa-Studie: BERLIN. Als „hoffentlich heilsamen Schock“ bezeichnete das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg, das beschämende Abschneiden des deutschen Schulwesens im Rahmen der Vorstellung einer OECD-Studie zum internationalen Leistungsvergleich von Schülerleistungen am 4.12.2001 in Berlin. Die Tatsache, dass die Leistungen deutscher Schülerinnen und Schüler in allen untersuchten Kompetenzbereichen erheblich unter dem internationalen Durchschnitt liegen, sei ein deutliches Signal an Bund und Länder, nun endlich eine radikale Reform des Schulwesens einzuleiten. Hierzu sei es vor allem notwendig, mehr Geld für das Schulwesen in Deutschland verfügbar zu machen. „Wenn dies durch Umschichtung vorhandener Haushaltsmittel nicht möglich ist, muss über eine zeitlich begrenzte Bildungsabgabe nachgedacht werden.“ Auch zeige sich deutlich, dass vor allem in Ländern, in denen Nachmittagsunterricht erteilt wird, das Leistungsniveau überdurchschnittlich sei. Lange überfällig sei auch die von den Kommunen seit längerem geforderte offene Diskussion um eine sachgerechte Reform der nicht mehr zeitgemäßen Schulfinanzierung, der sich die Länder bislang aber stets verweigert hätten. www.dstgb.de

KODEX: BERLIN. Seit dem 12.12. ist KODEX, die „Kommunale Datenbank gegen Gewalt, Extremismus, und Fremdenfeindlichkeit“ des Deutschen Städte- und Gemeindebundes online. „Damit schaffen wir ein neues Netzwerk der kommunalen Kreativität im Einsatz gegen Gewalt, Extremismus, und Fremdenfeindlichkeit“, sagte Dr. Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes dazu in Berlin.

KODEX enthält Informationen über mehr als 400 Konzepte, Projekte und Aktionen, die auf kommunaler Ebene im Einsatz gegen Gewalt, Extremismus und Fremdenfeindlichkeit unternommen werden. Die in ihrer Form einzigartige Sammlung dient dem schnellen und unkomplizierten Erfahrungs- und Informationsaustausch aller, die in den Städten und Gemeinden aktiv sind oder nach Anregungen suchen. Ziel ist es, die Arbeit der Kommunen zu stärken und alle diejenigen mit Ideen und Ansprechpartnern zu unterstützen, die selbst aktiv werden wollen.

www.kommunen-gegen-gewalt.de/DSTGB.asp Zusammenstellung: ulj

Betriebsversammlung bei der SICK AG am 6.12.01: Große Zustimmung zum Referenten:

„Mehr Druck durch mehr Freiheit!“

Der Betriebsrat der SICK AG hatte Wilfried Glissmann, Betriebsratsvorsitzenden der IGM Düsseldorf, als Gastredner eingeladen. Seine Analyse der neuen Management-Methoden und Konzernstrategien und seine sehr anschauliche Schilderung der Betriebsratserfahrungen bei IBM kam bei den über 500 Teilnehmern der Betriebsversammlung sehr gut an!

Die Kernideen seiner ca. halbstündigen Rede waren:

Zur Zielsetzung der Initiative „Survival in a High Performance Culture“

Es geht uns mit dieser Initiative um etwas ganz Praktisches:

- Wie kann ich als Mitarbeiter die neue Selbstständigkeit offensiv ergreifen? (Dieses „Selber-entscheiden-Können“ – Wann fange ich an mit der Arbeit? Wann höre ich auf? Wer macht was im Team?)
- Und wie kann ich dabei vermeiden, immer wieder der Dumme zu sein? (Dass ständig alles an mir hängt, dass immer mehr Tätigkeiten hinzukommen und es dadurch ständig aussieht, als würde ich meinen Job nicht machen) (...)

Wir wollen dieses Thema von der konstruktiven Seite her angehen:

- selber entscheiden können und durch die eigene Arbeit etwas in Gang zu setzen
- durch Widerstände und Schwierigkeiten hindurch Erfolge zu erreichen
- die eigenen Fähigkeiten in Aktion zu erleben – gemeinsam mit den Kolleg/innen
- persönlich und fachlich in dieser Arbeit weiterzukommen und in der Arbeit die eigene Individualität zu entfalten

All das ist möglich unter den neuen Bedingungen!

All das soll durch die Aktion befördert werden!

Wenn diese Möglichkeit zur Wirklichkeit werden soll, dann gilt es aber mit einigen Schwierigkeiten und Dilemmata umgehen zu lernen:

- Habe ich für mich ein ausgewogenes Verhältnis von Arbeit und Leben?
- Welche Schwierigkeiten stellen sich hinsichtlich meiner „work-life-balance“?
- Arbeiten wir Kollegen gemeinsam und solidarisch an der Sache, oder entstehen immer wieder Situationen, wo einer den



anderen fertig macht und unter Druck setzt?

Es geht darum, die neue Selbständigkeit selbstbewußt und mit Würde zu leben. Es geht darum neben dem Interesse des Unternehmens auch das eigenen Interesse im Blick zu behalten und in eine gute Balance zu bringen. Wenn wir das erreichen wollen, dann gilt es die praktischen Schwierigkeiten zu identifizieren, an denen dieser Wunsch scheitern kann.

Wir Düsseldorfer Betriebsräte sind in den letzten Wochen zu folgender Erkenntnis gekommen:

Wenn ein Unternehmen die Prinzipien Ergebnis-Orientierung und Prozess-Orientierung praktiziert, dann gibt es dort das folgende Phänomen: Viele Probleme des Unternehmens sehen aus, als hätten einzelne Mitarbeiter versagt!

Der Arbeitgeber ist wie verschwunden; die Beschäftigten selber sind mit allen sachlichen Notwendigkeiten und Abhängigkeiten verstrickt. Wenn etwas nicht funktioniert, dann sieht es aus wie das persönliche Versagen einzelner Mitarbeiter; in Wahrheit zeigen sich auf diese neue Weise die unternehmerischen Probleme.

Wir haben in den letzten Wochen zwei verschiedene Zugänge, zu diesem Typ von Problem erarbeitet:

- Vom einzelnen konkrete Problem her („Dialoge, die Druck machen“)
- Von den neuen Prinzipien her („Was bewirkt die Ergebnis-Orientierung? Was bewirkt die Prozess-Orientierung?“)

Wir wollen eine Arbeitsweise vorschlagen, die zu einer tatsächlichen Verbesserung der Situation führen soll. Wir schlagen vor, die identifizierten Problemen wie folgt zu bearbeiten:

1. Was ist der Kern des Problems?
2. Was ist zu tun?

- a) Wie kann ich mich anders verhalten?
- b) Was muss geändert werden?

Wir Düsseldorfer Betriebsräte haben dieses Herangehen für unsere eigene Arbeit im Betrieb entwickelt. Wenn aber andere Betriebsräte unsere Materialien und Ideen verwenden wollen und ähnlich oder auch anders in Betrieb vorgehen wollen, dann können sie das gerne tun!

(...)“. Noch nie haben so viele Kolleginnen und Kollegen während der Pause und auch im Anschluss an diese Betriebsversammlung ausdrücklich wissen lassen, dass sie die Analyse und auch die Anregungen zur Veränderung des Kollegen Glissmann sehr gut gefunden haben und

sich einen weiteren Dialog darüber in der Firma wünschen!

Die am Büchertisch des Betriebsrates ausgelegten IBM-Broschüren: „Meine Zeit ist mein Leben!“ und „Mit Haut und Haaren“ waren gleich wieder vergriffen,

die kurze Buchvorstellung wurde ebenfalls mit Interesse aufgenommen.

Weitere Themen der Versammlung waren u.a.: der Bericht des Vorstands, in dem er trotz Umsatzeinbrüchen im letzten Quartal 2001 nicht umhin kam, auch dieses Jahr wieder einen zweistelligen Umsatzzuwachs zu verkünden. Natürlich nicht, ohne vor der schwierigen und unkalkulierbaren Entwicklung fürs nächste Jahr zu warnen, wo sicher auch SICK etwas geringere Steigerungsraten zu erwarten hat (geplant sind 8%). Der Betriebsrat und die IG Metall machten allerdings deutlich, dass angesichts der Traumgewinne in diesem und den vergangenen Jahren kein Grund zur Bescheidenheit besteht: Hermann Spieß kündigte an, dass die Lohnforderung sich zwischen 5 und 7% bewegen wird und auch für die Durchsetzung des Entgelt-rahmentarifvertrages gekämpft werden soll (Angleichung von Lohn- und Gehaltsstruktur, und von Unterschieden zwischen kaufmännischen und technischen Angestellten). (sic)

IG Metall Baden-Württemberg Beschluss zur Lohnforderung:

Vor harten Tarifikämpfen?

Die Große Tarifkommission der IG Metall Baden-Württemberg hat ein Forderungsvolumen von 5 bis 7% beschlossen (siehe folgende Erklärung); auch der Gewerkschaftsrat von Verdi hat beschlossen „für eine deutliche Reallohnsteigerung“. Folgt jetzt das übliche Ritual, die Arbeitgeber bieten 1%, dann kommt ein Abschluss (nach hartem Ringen und so) von 2,8 bis 3,2 %, was die Wirtschaft verkraften (natürlich nur schwer) kann und die IG Metall Basis zufrieden stellt? Einiges deutet darauf hin, dass es nicht so schlicht ablaufen wird, in vielen Betrieben gibt es starke Bestrebungen, dass diesmal eine echte Lohnerhöhung rumkommen muss. Allerdings steht die gewerkschaftliche Lohnpolitik vor schweren Begründungsproblemen, (vergl. auch die Überlegungen des bayerischen Verdi-Vorsitzenden Michael Wendt, in der letzten Ausgabe der PB).

Erklärung der Großen Tarifkommission für die Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg vom 29. November 2001

Die Tarifrunde 2002 ist von der Erwartungshaltung unserer Mitglieder nach deutlichen Steigerungen der Löhne und Gehälter getragen. Sie findet in einem ökonomisch schwierigen Umfeld statt. Das Abflachen der Weltökonomie wirkt sich auf die bundesdeutsche Wirtschaft mit ihrer hohen Exportabhängigkeit deutlich aus. Die

Ereignisse und Folgen des 11. September 2001 haben diese negativen Entwicklungen teilweise verstärkt. Deutschland ist eines der Schlusslichter der europäischen Ökonomie, wenn auch im Jahr 2001 und 2002 keine Rezession, sondern ein weiteres Wachstum angenommen werden kann. Dass dieses Wachstum relativ schwach ausfällt, ist den fehlenden Impulsen durch die Fiskal- und Geldpolitik insbesondere aber der Schwäche des privaten Konsums geschuldet.

Tatsache ist: Die Einkommen der Haushalte haben 2001 zwar von der Steuerreform profitiert. Die Erhöhung der Tariflöhne blieb aber unter dem verteilungsneutralen Spielraum und trägt im Jahresmittel im besten Fall zu einem Inflationsausgleich bei. Damit fiel die Binnennachfrage als dringend benötigter Wachstumsmotor aus. Es besteht daher die volkswirtschaftliche Notwendig-



keit, die Tarifrunde 2002 für deutliche Lohn- und Gehaltserhöhungen zu nutzen. Appelle zur Lohnmäßigung sind vollkommen unangebracht.

Tatsache ist: 2001 wurden die Lohnstückkosten massiv gesenkt. Die Verteilungsposition zwischen Kapital und Arbeit wurde zu Lasten der abhängig Beschäftigten verändert. Die Ertragslage gibt keinen Anlass, für die Tarifrunde 2002 Lohnzurückhaltung zu fordern.

Ohne Wachstumsimpulse wird es keine weitere Stabilisierung und Verbesserung der Beschäftigungssituation geben. Dazu kann eine aktive Entgeltspolitik einen Beitrag leisten. Sie muss aber dringend durch Initiativen der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Geldpolitik ergänzt werden.

Es ist richtig, dass die IG Metall in ihrer Tarifforderung 2002 neben dem verteilungsneutralen Spielraum auch eine Umverteilungskomponente berücksichtigt. Zudem ist in einer Entgeltforderung nicht nur die kurzfristige ökonomische Lage im Frühjahr 2002, sondern die mittelfristige Entwicklung von Produktivität und Inflation zu berücksichtigen. Daher empfiehlt die Große Tarifkommission unter Zugrundelegung der vorliegenden gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten ein Gesamtvolumen in der Bandbreite von 5 bis 7 %. Eine endgültige Festlegung des Gesamtvolumens wird unter Berücksichtigung der Diskussionen in den Betrieben und den aktuellen wirtschaftlichen Rahmendaten Ende Ja-

nuar erfolgen.

Die Große Tarifkommission sieht es als unaufschiebbar an, in der Tarifrunde 2002 einen ersten Schritt zur materiellen Angleichung der unterschiedlichen tariflichen Lohn- und Gehaltsstrukturen vorzunehmen. Dies führt zu mehr Entgeltgerechtigkeit, insbesondere bei Facharbeit im Zeitlohn. Die Große Tarifkommission empfiehlt neben einer deutlichen linearen Erhöhung aller Löhne und Gehälter eine entsprechende Strukturkomponente im Rahmen des Gesamtvolumens zu berücksichtigen.

Dabei ist sicherzustellen, dass das Gesamtvolumen der Entgelterhöhung den Beschäftigten zufließt.

Die IG Metall in Baden-Württemberg wird das Thema eines Tarifabschlusses, das die Beschäftigten an den Erträgen der Unternehmen beteiligt, weiter diskutieren. Die Meinungsbildung dazu ist noch nicht abgeschlossen.

Das verantwortliche Handeln der Tarifvertragsparteien braucht und verträgt keine Einmischung der Politik.

Die Große Tarifkommission fordert die Verwaltungsstellen und Betriebe auf, in den nächsten Wochen die Diskussion um die Forderung fortzusetzen. Sie wird auf ihrer Sitzung am 24. Januar 2002 die Forderung für die Tarifbezirke Baden-Württembergs beschließen und dann beim Vorstand der IG Metall beantragen.

Beschlossen bei 11 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen.

Privates Omnibusgewerbe:

ver.di-Bayern fordert 6,5 % mehr Lohn

Tarifverhandlungen für das private Omnibusgewerbe beginnen am 3. Dezember 2001: ver.di fordert 6,5 % mehr Lohn für BusfahrerInnen. Konflikt in München schon vorprogrammiert.

Eine deutliche Lohnerhöhung fordert ver.di-Bayern für das Fahrpersonal der bayerischen privaten Omnibusunternehmen in der diesjährigen am Tarifrunde, die am 3.12. beginnt.

„Wir haben“, so Siegi Kreuzer, Verhandlungsführerin und ver.di-Landesfachbereichsleiterin Verkehr, „mit dem moderaten und zurückhaltenden Lohnabschluß 2000 den Betrieben die Möglichkeit gegeben, sich für den Wettbewerb fit zu machen. Nach 22 Monaten Lohnpause ist eine spürbare Erhöhung unverzichtbar. ... In München ist der Konflikt schon vorprogrammiert.“ Ursache ist die neue Vertragsgestaltung zwischen der Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG), ehemals Stadtwerke und Verkehrsbetriebe München, und den privaten Omnibusunternehmen.

Die MVG verlangt von den in ihrem Auftrag fahrenden Privatunternehmen Kostensenkungen, insbesondere ist sie nicht mehr bereit, den tarifvertraglich

vereinbarten Sonderlohn für die Busfahrer im sogenannten „Omnibuszubringerliniendienst (OZL)“, zu zahlen. Die von der MVG verlangten Kostensenkungen würden im Ergebnis Lohnneinbußen bis zu 700 DM im Monat für die FahrerInnen bei den Privaten bedeuten.

„Hier“, so Kreuzer, „sitzt neben dem Landesverband Bayerischer Omnibusunternehmen e.V. (LBO) indirekt auch die MVG mit am Verhandlungstisch. Wenn sie an ihrer Strategie des Lohndumpings festhält, braucht sie sich über den schon vorprogrammierten Konflikt und Widerstand der Fahrer nicht wundern.“

Von dem Tarifvertrag für das private Omnibusgewerbe in Bayern sind rund 25000 Fahrerinnen und Fahrer in ca. 1500 Betrieben betroffen. Die Münchner Sonderregelung betrifft ca. 500 Busfahrerinnen und -fahrer. Der Tarifvertrag für das Bayerische Omnibusgewerbe gilt sowohl für den Stadt- und Regionallinienverkehr, für den Reiseverkehr als auch für Schulbusfahrten. Mantel- und Lohn-tarifvertrag wurden bisher allgemeinverbindlich erklärt und gelten damit für alle Unternehmen in diesem Bereich.

Rückfragen an: Siegi Kreuzer, Leiterin Verkehr, Tel.: 089 / 5 14 14-14 oder 0170 / 57 49 0 35

Konsequenz aus Pisa-Studie. –

HB, Donnerstag, 6.12.01. – Der BDI zieht folgende Konsequenz aus der Pisa-Studie, nach der das deutsche Schulsystem im internationalen Vergleich weit hinten liegt: „Deutschland braucht in der Bildung vor allem einen Mentalitätswandel: mehr Leistungsorientierung, mehr Wettbewerb und Ehrgeiz“, so L. v. Wartenberg, Hauptgeschäftsführer des BDI.

Aussetzung der Ökosteuer gefordert. –

HB, Dienstag, 11.12.01. – Der Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA), A. F. Börner, hat die Bundesregierung aufgefordert, noch in der letzten Plenarwoche des Jahres die gesetzliche Aussetzung der Ökosteuer auf den Weg zu bringen: „Eine Aussetzung kann die Bundesregierung ohne die Zustimmung der Bundesländer einleiten“, so Börner.

Staatshaftung bei Terror. – HB, Mittwoch, 12.12.01.

– Nachdem sich das französische Wirtschaftsministerium und der Branchenverband der Versicherungswirtschaft (FFSA) geeinigt haben, dass der Staat künftig unbefristet die Terror-Risiken rückversichert, spekulieren die deutschen Versicherungen auf gleiche Vereinbarungen in Deutschland.

BDI protestiert gegen Klimaschutz-zwänge. – HB, Donnerstag, 13.12.01.

– Bundesumweltminister J. Trittin teilte mit, dass EU-Wettbewerbskommissar M. Monti verlange, die freiwillige Klimaschutzvereinbarung mit der Industrie in Deutschland durch ein sanktionsbewehrtes Abkommen zu ersetzen. Darauf regagierte der BDI mit scharfem Protest. B. Dittmann, Brüsseler BDI-Büroleiter, sagte, eine solche Umwandlung kündige die Klimaschutzvereinbarung „faktisch auf“.

Gesamtmetall stellt Gegen-Tarifforderungen. –

Richtschnur des Tarifabschlusses dürfe allein das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktivität sein, so M. Kannegiesser, Gesamtmetall-Präsident. Er wies die 5 bis 7%-Forderung der IG Metall, in der zusätzlich die Inflationsrate und eine Umverteilungskomponente enthalten ist, als unakzeptabel zurück. Er lehnt jedoch eine Null-Runde, wie sie L. Braun, DIHK-Präsident und D. Philipp, Handwerkspräsident, gefordert hatten, ab. Gesamtmetall beharrt auf der Forderung nach einem Tarifvertrag mit zweijähriger Laufzeit.

Nach einer gewissen Zeit sollten die Tarifparteien prüfen, ob die dem Vertrag zu Grunde liegenden ökonomischen Annahmen noch richtig seien oder ob eine Revision nötig sei.

Presseauswertung: rst

Tobinsteuer – weltwirtschaftliches Experiment mit ungewissem Ausgang

Die Forderung nach Einführung der „Tobinsteuer“ auf Devisengeschäfte wird immer mehr zu einem Kristallisationspunkt für die globalisierungskritische Bewegung vor allem in Westeuropa. Das in Frankreich entstandene „ATTAC“-Netzwerk hat sogar seinen Namen dem Kampf für die „taxation des transactions financières“ gewidmet. In der Bundesrepublik Deutschland wird die Forderung neben kirchlichen Gruppen auch in Gewerkschaftskreisen, der PDS, den GRÜNEN und Teilen der SPD unterstützt¹.

Gründe für das Wachstum der Finanztransaktionen²

Die Kampagne für die Tobinsteuer stützt sich auf den Sachverhalt, dass die Größenordnung der Devisengeschäfte seit Ablösung des Festwährungssystem von Bretton Woods durch flexible Wechselkurse zwischen den Haupthandelswährungen US-Dollar, Englisches Pfund, Yen und Euro nebst Vorläuferwährungen gigantisch angewachsen ist. Dieses Wachstum beruht ökonomisch zunächst auf dem Wachstum des Welthandels, politisch auf dem Niederreißen von Schranken für Handel und Kapitalbewegung vor allem zwischen den Industrieländern und technisch auf der Entwicklung der automatischen Datenverarbeitung und der Datenfernübertragung.

Das gegenüber dem Welthandelswachstum überproportionale Wachstum der Finanztransaktionen resultiert vor allem aus dem Bedürfnis der Exporteure und Importeure von Gütern, Dienstleistungen und Kapital, innerhalb eines Systems flexibler Wechselkurse verlässliche Planungsdaten für ihre zukünftigen Kosten und Erlöse zu bekommen. Dieses gesellschaftliche Bedürfnis wurde befriedigt durch die Entwicklung zahlreicher neuer Transaktionsformen vor allem im Bereich des Devisenterminhandels und der sogenannten Derivate.³

Insofern spricht die nebenstehende aus einer Veröffentlichung der Vereins Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung, WEED⁴ entnommene Grafik gerade nicht für die in der Überschrift benannte „Loslösung der Devisenmärkte von

Welthandel und Investitionen“, sondern für ihren Zusammenhang.

Nur kurzfristige Spekulation ?

Im April 1998 erfasste die Bank für internationalen Zahlungsausgleich weltweit Devisentransaktionen (ohne Derivate) im Wert von ca. 1,5 Billionen US-Dollar je Geschäftstag. Laut Wahl, Waldow seien davon „mehr als 80 Prozent Anlagen mit einer Laufzeit von sieben Tagen oder kürzer“. Diese 80% hätten „also nichts mehr mit realwirtschaftlichen Aktivitäten, mit Handelsgeschäften, Investitionen zu tun“. Die Zielsetzung eines Großteils dieser Kurzfrist-Geschäfte sei Spekulation auf geringfügige Kursschwankungen. Ein Teil diene zwar der Absicherung von Handelsgeschäften und Investitionen gegen Kursrisiken oder könne durch kontinuierliche Verlängerung de facto auch langfristige Anlage sein, dennoch handle es sich um eine „hohe, im Wesentlichen spekulationsbedingte Überliquidität“. In einer Fußnote wird vermerkt, dass „exakte Daten darüber, wie sich die kurzfristigen Finanzströme zusammensetzen, nicht existieren.“⁵

Diese „Überliquidität“ erhöhe die Volatilität (=kurzfristige Schwankungen) der Wechselkurse und stelle wegen der riesigen Masse und des Tempos der bewegten Gelder per se ein Stabilitätsrisiko dar. Nicht mehr die ökonomischen Basisdaten bestimmten die Kurse, sondern die kurzfristigen Renditeerwartungen. Die Tendenz zu kurzfristigen Krediten würde verstärkt, was dann zu Stabilitätsrisiken führe, aus kurzfristigen Erwartungen bauten sich längerfristige Er-

wartungen und schließlich möglicherweise eine Spekulationsblase auf, die irgendwann zur Krise führe.

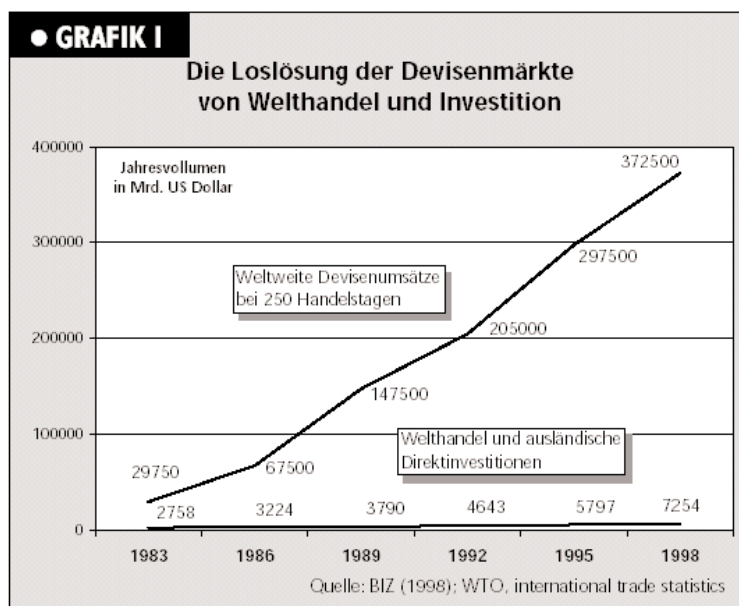
Arbitragehandel, Liquiditätshandel und destabilisierende Spekulation

Ein Teil des kurzfristigen Devisenhandels besteht aus dem nichtspekulativen Arbitragehandel, der für den Ausgleich der Devisenkurse auf räumlich unterschiedlichen Devisenmärkten sorgt. Dieser klassische Arbitragehandel ist aufgrund der hohen Transparenz des Devisenmarktes stark zurückgegangen.⁶ Der andere Teil des kurzfristigen Handels dient der „Ausnutzung erwarteter zeitlicher Preisunterschiede“, also der Spekulation.

Es wird in der Außenhandelswirtschaft jedoch zwischen „stabilisierender“ und „destabilisierender“ Spekulation unterschieden. Erstere erhöht die Effizienz der Märkte, weil die Spekulanten den „intertemporalen Ausgleich durch den Kauf des Gutes bei tiefen Preisen und Verkauf bei höheren Preisen ermöglichen. In dieser Situation erzielen Spekulanten Gewinne. Diese Art von Spekulation verbessert die Wirkungsweise der Märkte, da der Handel mit Gütern erleichtert und Preisschwankungen verringert werden.“⁷

Der Großteil des Interbankenhandels, der weiterhin unter der Bezeichnung Arbitragehandel firmiert, besteht in einer ständigen Anpassung ihrer Devisenpositionen aufgrund laufend eingehender Nachrichten, und könnte daher auch als kurzfristige Spekulation bezeichnet werden. Er wird auch als Liquiditätshandel bezeichnet.⁸ Fehlende Spekulation in diesem Sinne ist ein volkswirtschaftlicher Nachteil, Märkte sind dann wenig liquide, die Volatilität der Preise gerade deswegen hoch. Als Beispiel dafür wird in der Regel der Immobilienmarkt und der Kunstmarkt herangezogen.

Destabilisierende Spekulation kommt vor, wenn Spekulanten „die Marktentwicklung nicht richtig einschätzen“, dies führt zu Verlusten für die Spekulanten. Sie können aber auch „andere Marktteilnehmer durch Fehlinformation bzw. Manipulation beeinflussen“; „Mitläuferspekulanten ohne ausreichende Kenntnisse und Informationen“ anziehen (sog. Herdentrieb) und so auch erhebliche



Gewinne erzielen. Destabilisierende Spekulation wird von der Volkswirtschaft z.B. für Währungsturbulenzen innerhalb des früheren Europäischen Währungssystems, der Mexiko- und Ostasienkrise angenommen, wobei es allerdings um ganz andere Gewinnerwartungen ging als beim Arbitragehandel. Die Währungskrisen haben auffälligerweise eher Länder mit festen Devisenkursen (im Verhältnis zu einer Leitwährung) als solche mit flexiblen Systemen getroffen.⁹

Mögliche Auswirkungen einer Tobinsteuer

Entscheidender Knackpunkt bei der Diskussion um die Tobinsteuer ist ihre Höhe. Sie soll je nach Autor die destabilisierende Spekulation oder die kurzfristige Spekulation insgesamt eindämmen. Dagegen stehen die Vertreter der stabilisierenden Spekulation bzw. des Arbitrage- oder Liquiditätshandels, die davor warnen, dass die Austrocknung dieses Handels im Rahmen eines Systems flexibler Wechselkurse gerade zu erhöhter

Volatilität führt.

Die Verfechter der Tobinsteuer haben zwar seit Tobin den in der Diskussion geforderten Satz von 1% inzwischen auf 0,5 oder 0,25% gesenkt. Da ein Großteil des Liquiditätshandels sich aber bei einer Marge von 4 Basispunkten bewegt, d.h. bei Kursunterschieden von 0,04% zwischen Hin- und Rücktausch, kann man erwarten, dass dieser Handel nach Einführung einer Tobinsteuer in der geforderten Größenordnung vollständig eingestellt wird, oder dass versucht wird, die

Das Devisenumsatzsteuerpaket der PDS-Bundestagsfraktion¹

Die PDS-Fraktion im Bundestag hat bereits in der letzten Legislaturperiode einen Antrag zur Einführung der Tobinsteuer vorgelegt. Aus der Rede der Abgeordneten Barbara Höll vom 15.01.1998 (Pressedienst: Nummer 5 vom 30.01.1998, www.pds-online.de/politik/publikationen/pressedienst) seien hier Begründung und Beschreibung der vorgeschlagenen Steuer zitiert:

„Spekulative Finanzströme verursachen Arbeitsplatzverluste und Inflation, verhindern Investitionen, destabilisieren ganze Volkswirtschaften“

„Als Tobin 1972 die Devisentransaktionssteuer vorschlug, problematisierte er eine Entwicklung, die sich bis heute extrem verschärft, nämlich die Abkopplung der Finanz- von der Realwirtschaft. Wachsende Vermögen und deren Konzentration sowie ungleiche Verteilung der Gewinne haben zu einem Wachstum des freien Kapitals geführt. Allein in der Bundesrepublik hat sich das Vermögen seit 1980 verdreifacht und betrug Ende vergangenen Jahres zirka 5,2 Billionen DM. Allerdings befand sich die Hälfte dieses Vermögens in der Hand von nur 10 Prozent der privaten Haushalte.“

Die Deregulierung und Liberalisierung der letzten Jahre ließen die internationalen Kapitalbewegungen enorm ansteigen. 1980 betrugen die Bruttokapitalexporte jährlich zirka 100 Milliarden US-Dollar, 1993 bereits 850 Milliarden US-Dollar. Die Devisenumsätze stiegen rasant an und lagen zwischen 1986 und 1995 mit 18 Prozent weit vor dem Umsatz des Welthandels. Dabei stellen kurzfristige Finanztransaktionen von bis zu acht Tagen vier Fünftel, 81,8 Prozent, des gesamten Geschäftsvolumens.

Die Folgen dieser spekulativen Finanzströme sind Arbeitsplatzverluste, eine inflationäre Entwertung von Einkommen, die Verhinderung von Investi-

tionen und das Umlenken von Handelsströmen. Das jüngste Beispiel Südostasien zeigt, dass insbesondere durch den Trend zu kurzfristigen Finanzanlagen ganze Volkswirtschaften destabilisiert und die Existenz von Millionen von Menschen vernichtet werden können. Regierungen haben kaum noch die Möglichkeit, zum Beispiel durch Zinsänderungen auf die wirtschaftliche Entwicklung Einfluss zu nehmen.

„Die Tobinsteuer dämpft Schwankungen der Wechselkurse“

„Nach Tobin schlägt die PDS deshalb vor, jeden Devisenumsatz zu besteuern, so dass sich mit dieser Tobin-Steuer die kurzfristigen Finanzanlagen relativ verteuern, zu Lasten derjenigen, die kleinste Zins- und Wechselkursdifferenzen ausnutzen. Längerfristige Anlagen werden demgegenüber wieder attraktiver; Kapitalströme verlangsamen sich, und die Schwankungen der Wechselkurse lassen nach. Die Tobin-Steuer baut in diesem Sinne also einen Schutzwall um die Währungen auf, von dem Bürgerinnen und Bürger und vor allem exportorientierte Unternehmen profitieren können.“

Internationale Einführung der Tobinsteuer

„Erstens. Bezüglich des Erhebungsgebietes schlagen wir vor, die wichtigsten Finanzplätze, die G-7-Staaten, die weiteren Mitgliedstaaten der EU, Singapur, die Schweiz, China, Hongkong und Australien, in einem ersten Schritt in diese Tobin-Steuer mit einzubeziehen – denn sie muss natürlich international eingeführt werden – und gleichzeitig die Verträge offen zu gestalten, so dass jederzeit Länder hinzustoßen können.“

Sachliche Bemessungsgrundlage und Steuersatz

„Alle Devisentransaktionen, die sofort wirksam werden, also Kassageschäfte, Devisentermin- und -optionsgeschäfte sowie Währungsswaps², sollten mit einem Steuersatz von 0,25 Prozent belegt werden. Mit diesem Steuersatz kann unserer Meinung nach ein erheblicher Teil der kurzfristigen Spekulationsgeschäfte eingedämmt werden, da diese damit unattraktiv gegenüber langfristigen Anlagen werden.“

Steueraufkommen, -verwaltung und -verwendung

„Bei diesem Prozentsatz könnten Einnahmen von 300 bis 500 Milliarden Dollar erzielt werden. Diese Einnahmen sollen dann überwiegend der UNO zur Realisierung von Umwelt- und Entwicklungshilfemaßnahmen zur Verfügung gestellt, also zielgerichtet eingesetzt werden.“

Steuerschuldner

„Gezahlt werden soll die Steuer von Banken und Devisenhändlern. Wir meinen, dies ist sehr wohl möglich und durchsetzbar; denn wenn Banken heutzutage die Zinsabschlagsteuer abführen können, so ist es rein technisch durchaus möglich, dass sie dann auch eine Tobin-Steuer zahlen können.“

Steuerbefreiungstatbestände

„Wie bei jeder Steuer ist es natürlich auch hier notwendig, über Ausnahmen nachzudenken. Wir meinen, die Tobin-Steuer soll nicht schädigen, das heißt den Austausch von Gütern nicht beeinträchtigen und auch Menschen, die zum Beispiel eine Auslandsreise unternehmen, nicht belasten. Hier könnte man sich Ausgleichsmaßnahmen überlegen, zum Beispiel durch Kompensationszahlungen oder die Freistellung geringfügiger Devisenumsätze.“

1 Der Gesetzentwurf der PDS-Bundestagsfraktion (<http://dip.bundestag.de/btd/14/008/1400840.pdf>) ist zwischenzeitlich bereits zweimal im Bundestag eingebracht und abgelehnt worden. SPD und Bündnis 90/Die Grünen hatten allerdings keine grundsätzliche Kritik an der Tobinsteuer, sondern nur am von der PDS vorgeschlagenen Weg ihrer Einführung (<http://dip.bundestag.de/btp/14/14045.pdf>, S.3837 ff.)

2 Kassa-Geschäfte sind Währungskontrakte zu einem vereinbarten Kurs am Tag des Geschäftsabschlusses und Geldverrechnung innerhalb von zwei Geschäftstagen. Bei Termingeschäften wird der Kurs ebenfalls am Tag des Geschäftsabschlusses vereinbart und die Verrechnung erfolgt zu einem vereinbarten Zeitpunkt zwischen drei Geschäftstagen und mehreren Jahren. Währungsswaps bestehen aus einem Kassa- oder Termingeschäft mit vereinbartem Kurs, verbunden mit der Vereinbarung über einen Rücktausch der Währung zu einem späteren Termin, ebenfalls wieder zu einem vereinbarten Kurs, wobei der Rücktauschkurs in der Regel vom Erstumtauschkurs abweicht. Devisenoptionen beinhalten das Recht, jedoch nicht die Pflicht, am Verfalltag zu einem im voraus bestimmten Kurs Devisen zu beziehen (Kaufoption) oder zu verkaufen (Verkaufsoption).

Steuer durch Schaffung von neuen von der Steuer (noch) nicht erfassten Finanzprodukten zu umgehen.

Dieser Sachverhalt wird von den Verfechtern der Tobinsteuer bewusst in Kauf genommen: „Dass Arbitragegeschäfte mit einer Rentabilitätsgrenze bis zur Höhe der Devisenumsatzsteuer ebenfalls unterbunden werden, ist kein Schaden, da sie ohnehin nur einen kurzfristigen Ausgleich der Kurse bewirken.“¹⁰ Prof. Hufschmidt bezeichnet in einem neueren Papier für ATTAC Finanzspekulantensogar als „Parasiten“.¹¹

Der durch die Tobinsteuer verursachte Rückgang der Liquidität der Finanzmärkte hätte wahrscheinlich eine höhere Volatilität zur Folge. Wechselkurse würden sich in Sprüngen bewegen, um Lücken zu schließen, die unter normalen Handelsbedingungen nicht aufgetreten wären. Die höhere Volatilität würde größere Absicherungskosten z.B. durch die verstärkte Verwendung von Derivategeschäften verursachen. „Das Hauptargument der Befürworter der Tobinsteuer ‚Sand ins Getriebe der Finanzmärkte zu schütten‘, um die Liquidität und damit die Volatilität zu reduzieren, ruht jedenfalls auf wackligem theoretischen und empirischen Boden.“¹²

Völlig ungeklärt ist die Frage, welche Auswirkungen eine Besteuerung von Derivaten durch eine Tobinsteuer haben wird, da in der Regel Geschäfte mit Derivaten auf parallele „normale“ Devisengeschäfte bezogen sind. Eine einheitliche Besteuerung des Nominalwertes von Derivategeschäften würde diesen Markt vermutlich ebenfalls völlig zum Erliegen bringen, was wiederum die Volatilität des Kassa- und Terminmarktes steigern würde. Die Alternative, jedes Finanzinstrument mit einer gesonderten Steuer belegen, würde zu einem „administrativen Alptraum“ führen.¹³

Nach Austrocknung des kurzfristigen Marktes blieben zum Besteuern gerade die angeblich auf die Realwirtschaft bezogenen langfristigen Geschäfte übrig, die Transaktions- und Absicherungskosten der Banken würden steigen und nach Möglichkeit auf den Außenhandel abgewälzt.

Für den Devisenhandel sowie Export und Import zwischen Entwicklungsländern bedeutet eine Tobinsteuer eine doppelte Belastung, da für ihre Währungen kein entwickelter Devisenmarkt existiert und sie ihre Währung erst in eine der Weltleitwährungen umtauschen müssen.¹⁴

Gezielte spekulative Attacken gegen einzelne Währungen, insbesondere von Entwicklungsländern, werden nach übereinstimmender Ansicht von Befürwortern und Gegnern einer Tobinsteuer durch eine gleichmäßige relativ niedrige Besteuerung von Devisentransaktionen nicht verhindert, da dafür wesentlich höhere Steuersätze erforderlich wären.¹⁵

Wenn auch wenig gesicherte empirische Erkenntnisse über die Auswirkun-

gen einer derartigen Steuer vorliegen, so scheinen doch die negativen volkswirtschaftlichen Auswirkungen zu überwiegen. Insbesondere sprechen gute Gründe dafür, dass die Tobinsteuer, je nach Höhe, zur Destabilisierung der Finanzmärkte führen kann, also zum Gegenteil des mit ihrer Einführung beabsichtigten Ziels.

Machtdemonstration oder Unterstützung der Dritten Welt?

Es entsteht der Eindruck, die Tobinsteuer bekomme zumindest für die PDS eine ähnliche Funktion wie für die GRÜNEN die Ökosteuer: Wer Regierungsmacht anstrebt, signalisiert, mit welcher neuen Steuer er das Steueraufkommen erhöhen bzw. umschichten will, wen er dabei vorrangig belasten oder schonen will und welche öffentlichen Güter damit finanziert werden sollen. Der Devisenhandel bietet sich im Rahmen des Antifinanzkapital-Diskurses in der PDS und anderen linken Organisationen als geeignetes Opfer an. Motto: „Geld ist genug da“.¹⁶

Andererseits spricht der internationale Anspruch des Diskurses – internationale Einführung, Verwaltung und Verwendung der Steuer – dafür, dass es hier auch um Interessen an einer Staatsbildung auf übernationaler Ebene geht.¹⁷

Die meisten Verfechter der Tobinsteuer argumentieren in der Regel im Interesse der Entwicklungsländer. Die Finanzkrisen gerade der sogenannten Schwellenländer werden gerne als Beispiel herangezogen, obwohl für diese Krisen weder die kurzfristige Devisenspekulation verantwortlich war noch eine Tobinsteuer sie verhindert hätte. Die Volatilität zwischen US-Dollar und Euro bot dagegen angesichts der durch die Unterbewertung des Euro verursachten Exportförderung keinen Anlass für die europäische Linke, eine Devisentransaktionssteuer zu fordern.

Anstatt in schlechter linker Tradition ein neues Allheilmittel zu verfolgen, das angeblich den Armen nützt, weil es das Bankgeschäft beeinträchtigt, sollte man besser Forderungen der Entwicklungsländer unterstützen, die deren Anteil an der Weltwirtschaft tatsächlich erhöhen könnten, z.B. Abbau von Handelshemmnissen der Industriestaaten. Die Diskussion darüber in den Gewerkschaften zu fördern, wäre ein lohnendes Unterfangen. (gst)

1 Eine entsprechende Erklärung von ATTAC wurde von 24 von 37 Bundestagsabgeordneten der PDS (=65%), 13 von 47 Abgeordneten der GRÜNEN (=28%) und 16 von 294 Abgeordneten der SPD (=5%) unterstützt. (www.attac-netzwerk.de/tobin/tobincall.html)

2 Die Hauptdatenquelle für die jährlichen bzw. täglichen Devisenumsätze sind die regelmäßigen Erhebungen der Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel. (http://www.bis.org/). Dort finden sich auch Links zu ca. 100 nationalen Zentralbanken, über die man nähere Auskünfte über den Devisenverkehr mit dem jeweiligen Land bekommen kann.

3 In jüngster Zeit ist bekannt geworden, dass vor dem Umtausch der ersten Rate zur Entschädi-

gung der polnischen Zwangsarbeiter der Kurs des Zloty stark gestiegen und anschließend wieder gefallen ist. Unabhängig von der Bewertung, wem das letztlich genützt oder geschadet hat (der vorherrschende Zinssatz in Polen liegt um einiges über dem deutschen Zinssatz), und ob eine Überweisung in Euro vielleicht günstiger gewesen wäre, wird hier die Bedeutung der Nutzung zusätzlicher Finanzinstrumente offensichtlich.

4 Peter Wahl und Peter Waldow „Devisenumsatzsteuer – Ein Konzept mit Zukunft“, Februar 2001, S.6 (www.attac-netzwerk.de/tobin/weed_papier.html)

5 Wahl, Waldow, a.a.O. S.6, Fußnote 19

6 Hans E. Büschgen, Das kleine Börsen-Lexikon, Düsseldorf 2001, Stichwort „Devisenarbitrage“

7 Gerhard Aschinger, Währungs- und Finanzkrisen, München 2001, S. 3 ff.

8 Absolut verpönt ist es bei den meisten Banken, Devisenpositionen über Nacht offen zu lassen, da das Risiko unerwarteter Kursänderungen als zu hoch eingeschätzt wird. Nebenbei bemerkt resultieren daraus manche Überstunden in der Devisenabwicklung sowie das Interesse, möglichst rund um die Uhr und über nationale Feiertage hinweg zu handeln.

9 Aschinger, S.191 ff. Das jüngste Beispiel ist Argentinien, das den Peso-Kurs an den US-Dollar gebunden hat.

10 Wahl, Waldow, S.8, Fußnote 28

11 „Soweit diese Diskriminierung Finanzspekulantens betrifft, ist nichts dagegen einzuwenden. Wenn man nicht alle Parasiten erreicht, ist das kein Grund, nicht gegen die vorzugehen, die man erreicht.“ Jörg Hufschmidt, Ist die Tobinsteuer im europäischen Alleingang machbar?, S.3, (www.attac-netzwerk.de/tobin/tobineu.html)

12 Paul Bernd Spahn, „International Financial Flows and Transaction Taxes: Survey and Options“, 1995, S.17 (www.wiwi.uni-frankfurt.de/professoren/spahn/Spahn_010618.pdf) Dieser Aufsatz liefert den derzeit besten Gesamtüberblick über die wissenschaftliche Auseinandersetzung.

13 Spahn, S.24

14 Spahn, S.15

15 Bei Spahn (a.a.O.) findet sich dafür ein Vorschlag, der auch von einzelnen Ländern eingeführt werden könnte: Kombination einer sehr niedrigen Steuer von z.B. 0,01% auf Devisentransaktionen mit einem prohibitiven Devisenaufschlag von z.B. 80% bei Ausscheren des Kurses aus einem Wechselkurskorridor, der über einen gleitenden Durchschnitt bestimmt wird (sog. „crawling peg“). Die Normalbesteuerung von 0,01% soll laut Spahn nicht der Generierung neuen Steueraufkommens dienen, sondern nur eine Überwachung des Devisenmarktes ermöglichen, um bei tatsächlichen spekulativen Attacken mit dem prohibitiven Devisenaufschlag zuschlagen zu können. Eine andere Möglichkeit hat Chile demonstriert, wo von 1992 bis 1998 für zuströmendes Auslandskapital ein einjähriges zinsloses Depot von 30% des Kapitalbetrages gefordert wurde, was kurzfristige Anlagen offensichtlich verringerte, ohne langfristige Anlagen zu beeinträchtigen. (s. Aschinger, S.330)

16 „...sollte man den herrschenden Diskurs zu Steuern ... offensiv nutzen, um herauszuarbeiten, dass es sich bei der Devisenumsatzsteuer nicht um eine Massensteuer handelt, sondern dass das Geld dort geholt wird, wo es im Überfluss vorhanden ist. Die Devisenumsatzsteuer hat damit auch eine Umverteilungsdimension – und zwar von oben nach unten. Die Steuer kann daher auch unter dem Gesichtspunkt der Steuergerechtigkeit vertreten werden, um politische Mehrheiten dafür zu gewinnen“ (Wahl, Waldow, S.15)

17 „Hinzu kommt, dass angesichts der von der Globalisierung aufgeworfenen Probleme die Frage nach internationalen Steuern heute ohnehin auf der Tagesordnung steht.“ (Wahl, Waldow, S.12)

Mitte November fand in Havanna die kontinentalen Konferenz des Widerstandes gegen die Amerikanische Freihandelszone (FTAA/ALCA) statt. Die Zusammenkunft, an der 800 Aktivisten von 248 Organisationen des amerikanischen Kontinents teilnahmen, beschloss den „Konsens von Havanna“.

Er soll die sozialen Bewegungen des Kontinents motivieren bei ihrer Suche nach einem Weg, die Ausbreitung des Neoliberalismus in ihrer Region zu verhindern. Man will die Kräfte stärken und koordinieren, Beobachter zur Ministerkonferenz in Quito, die im nächsten

Jahr stattfindet, und zum Treffen der Regierungschefs 2003 in Buenos Aires entsenden. Auf beiden Konferenzen sollen Schritte vereinbart werden, um die amerikanische Freihandelszone in Kraft zu setzen. Diese wird von ihren Gegnern als ein Instrument der Annexion qualifiziert. Fidel Castro nannte sie eine geostrategische Operation Washingtons mit dem Ziel, diesen großen Markt zu kontrollieren, der gleichzeitig eine immense Rohstoffquelle in einem nahen Raum ist, den man in den USA traditionell als eigenen ansieht. Im folgenden nun die Erklärung der „Konsens von Havanna“

Lateinamerika: Abschlusserklärung des Kontinentalen Treffens für den Kampf gegen die Amerikanische Freihandelszone vom 13. bis 16. November 2001

„Konsens von Havanna“

Wir, die sozialen, religiösen und gewerkschaftlichen Bewegungen und Organisationen der Arbeiterinnen und Arbeiter, der Jugend und der Studenten, Parlamentsgruppen, politischen Parteien, Intellektuelle, Umweltschützer, Bauern, indigene Organisationen und Menschenrechtsgruppen des Kontinents führten vom 13. bis 16. November in Havanna das Kontinentale Treffen für den Kampf gegen die Amerikanische Freihandelszone (FTAA) durch, um die politische Mobilisierung anzustoßen und die neoliberale

roristischen Angriffen auf New York und Washington ausgelöste Tragödie und verurteilen jede Art von Terrorismus, einschließlich des staatlichen Terrorismus, und solidarisieren uns mit seinen Opfern auf der ganzen Welt. Daher lehnen wir den Krieg der Vereinigten Staaten gegen Afghanistan, dessen Bevölkerung am meisten unter den Folgen leidet, ab und verurteilen ihn. Wir weisen gleichfalls die Initiative der US-Regierung zurück, die Militarisierung Lateinamerikas mit dem Plan Colombia, dem Plan Puebla Panamá

damentalismus des Marktes gründet, haben wir zum Ziel, eine alternative, solidarische Agenda aufzustellen, die auf der Globalisierung der ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte aufbaut.

Eine soziale Agenda für Amerika

Wir meinen, dass die FTAA ein Produkt der imperialistischen Gier ist und deshalb eine völlig inakzeptable Option für unsere Länder darstellt. Die Völker Amerikas kämpfen für eine Integration, die eine wirkliche wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zum Ziel hat, die allmählich die enormen Ungleichheiten zwischen den Ländern und zwischen Männern und Frauen beseitigt. Wir können nicht zulassen, dass sich unsere Regierungen der FTAA beugen, sondern müssen von ihnen verlangen, die nationale Selbstbestimmung und Souveränität zu respektieren und auf dieser Grundlage ihre Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung und die Förderung von Wohlstand und sozialer Gleichheit wahrzunehmen.

Die FTAA ist eine erweiterte Fassung des Nordamerikanischen Freihandelsvertrags (NAFTA) und überträgt wie diese den transnationalen Unternehmen die Macht, den Staaten die Vereinheitlichung von Regeln und makroökonomischer Politik zu diktieren.

Die FTAA bedeutet in der Praxis:

Dass die Liberalisierung der Märkte für Güter, Dienstleistungen, Investitionen und das geistige Eigentum zu einer von den Unternehmen geprägten Integration und zur Auflösung der nationalen Ökonomien, Gesellschaften und Kulturen führen wird sowie zu einer verschärften Ausbeutung der Umwelt, indem sie die privaten Rechte der multinationalen Unternehmen über die nationalen Verfassungen stellt.

Dass sich der Mangel an Demokratie auf dem Kontinent verschärft, wenn die sogenannte Interamerikanische Charta für Demokratie, die von den Mitgliedsstaaten der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) am 11. September 2001 in Lima angenommen wurde, in Kraft tritt. Diese Charta übergeht die Souveränität der Völker und versucht die Legitimität einer Regierung vom Standpunkt



Agenda und diesen Freihandelsvertrag, der für unsere Völker Annexion und Rekolonialisierung bedeutet, zurückweisen.

Wie schon auf dem Zweiten Gipfel der Völker Amerikas in Quebec im April 2001 erneuerten wir unseren Kampf gegen die FTAA und das neoliberale Modell, das für die Mehrheit der Bewohner unseres Kontinents eine Katastrophe ist. Die Politik von WTO, IWF und Weltbank, gestützt und ausgeführt von den neoliberalen Regierungen, vertiefte die Armut im Inneren der Länder und die Unterschiede zwischen den Ländern des Nordens und des Südens.

In einer Zeit, in der die Welt sich einer Krise mit ungewissem Ausgang gegenüberübersieht, bedauern wir die von den ter-

und anderen regionalen Projekten, die in größere Einmischung und Repression gegen die wachsenden Proteste der Bevölkerung münden, zu fördern. Wir fordern das Ende der Blockade gegen Kuba und die Aufgabe der nordamerikanischen Militärbasen in Vieques und Manta.

Angeichts des „Konsenses von Washington“, der die neoliberale Agenda in den beiden Amerikas einführt, haben wir 800 Abgeordneten, VertreterInnen von 34 Ländern des Kontinents, einen umfassenden alternativen Konsens erreicht. Der „Konsens von Havanna“ gründet sich auf die Vision der solidarischen Integration von Gleichen durch soziale Gerechtigkeit und Wohlstand für unsere Völker. Im Gegensatz zum Konsens von Washington, der auf dem Fun-

der imperialen Macht abhängig zu machen, ein totalitäres und ausschließendes Vorgehen.

Dass die Völker unserer Länder ihr Recht nicht ausüben können, solche Investitionen abzulehnen, die ihre sozioökonomische Gegenwart und Zukunft gefährden, besonders die Flüsse spekulativen Kapitals.

Dass die Nationalregierungen, der Übermacht der transnationalen Unternehmen unterworfen, nicht die interne Nachfrage fördern, sondern sich völlig von den äußeren Märkten abhängig machen.

Dass die Länder des Südens in wilde Konkurrenz um die Gunst der Märkte und Investitionen des Nordens treten, indem sie ihre niedrigen Löhne, die systematische Diskriminierung der Frauen, der indigenen Völker und Immigranten, das Fehlen von sozialer Sicherung und Umweltschutz und die Laxheit ihrer Gesetze anbieten.

Dass sich die Seuche der Arbeitslosigkeit unerbittlich ausweitete, während gleichzeitig die Maquilas und Freien Produktionszonen maßlos zunehmen, in denen die Arbeiter Lateinamerikas und der Karibik über alle Maßen ausgebeutet werden, mit Gehältern, die ein Vielfaches unter denen liegen, die die Unternehmen in ihren Herkunftsländern bezahlen, und ohne Respekt für Arbeits-, Umwelt-, Gesundheits-, Sozial-, Frauenförderungs- und Gewerkschaftsgesetzgebung. Wenn sich diese Praktiken durchsetzen, werden sie die Arbeit auf dem ganzen Kontinent prekär und billig machen, mit besonderen Folgen für Frauen und Minderjährige, die heute ihre hauptsächlichen Opfer sind.

Dass die Migration zunimmt, während sich gleichzeitig die Überausbeutung, Diskriminierung, Verfolgung und Unterdrückung der Migranten, besonders der ohne Papiere, verschlimmert. Darin drückt sich der Widerspruch zwischen der extremen Öffnung für die Zirkulation von Waren und Dienstleistungen und der Begrenzung der Zirkulation von Menschen aus.

Dass sich die Nationen in den Abgrund der finanziellen Unterwerfung stürzen, die noch verschlimmert wird durch das immense Gewicht der Auslandsschulden. Dadurch verlieren sie jede Fähigkeit, den Unternehmen der amerikanischen und globalen Supermacht Widerstand zu leisten.

Dass die Landwirtschaft, wesentlicher Wirtschaftssektor in der Mehrheit der Länder Lateinamerikas und der Karibik, der ruinösen Konkurrenz der technologischen Macht der transnationalen Konzerne ausgesetzt wird. Die Landarbeiter werden sich in noch größerer Zahl zur Abwanderung in ein miserables Leben in den Städten gezwungen sehen. Dadurch leiden nicht nur der kulturelle und multiethnische Reichtum, die Biodiversität, die Trinkwasserreserven und die Wälder Schaden, sondern die Landwirtschaft



Freihandel tritt unsere Rechte mit Füßen: Jobs, Gesundheit, Umwelt, Demokratie, soziale Gerechtigkeit.

kann immer weniger Arbeitsplätze und die Ernährung sichern.

Dass die geistigen Eigentumsrechte ein technologisches Monopol der transnationalen Konzerne schaffen und die Kluft zwischen Nordamerika und den Ländern Lateinamerikas und der Karibik aufrechterhalten. Außerdem wird das traditionelle Wissen der ursprünglichen Bewohner ausgebeutet; sie werden eines großen Teils ihrer natürlichen Reichtümer beraubt und vom Zugang zu der neuen Technologie ausgeschlossen, mit der Grundbedürfnisse befriedigt und Entwicklung vorangetrieben werden könnten.

Dass in dem Maße, in dem sich die sozialen Rechte in reine Waren verwandeln, sich die Armut und die allgemeine Krise grundlegender Rechte wie Bildung und Gesundheit, die viele unserer Völker schon heute erleben, vertiefen.

Dass die transnationalen Konzerne und Investoren Regierungen verklagen und internationale Schiedsgerichte darüber entscheiden, geleitet von dem Prinzip, dass die Interessen der Unternehmen über dem nationalen Recht und Interesse stehen.

Dass die Regierungen der meisten Länder des Kontinents sogar das Vorrecht aufgeben, im gesellschaftlichen Interesse oder mit dem Ziel der Entwicklung Einkäufe bei privaten oder öffentlichen Firmen ihrer eigenen Landes zu tätigen, sobald ein transnationales Unternehmen beweisen kann, dass sein Angebot besser als das der nationalen Konkurrenz ist.

Dass alle öffentlichen Fördertöpfe für die Grundbedürfnisbefriedigung und alle grundlegenden öffentlichen Dienste einschließlich der Sozialsysteme, der Gesundheitsversorgung, von Bildung oder

Transport privatisiert, abgeschafft oder stark eingeschränkt werden.

Wir meinen, dass im Zentrum eines wirklichen Integrationsprozesses der Respekt für die Allgemeine Erklärung der Rechte der Völker stehen muss, die alle bürgerlichen kulturellen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Menschenrechte umfasst. In besagter Erklärung wird betont dass „jedes Volk, dessen grundlegende Rechte schwer missachtet werden, das Recht hat, sie durchzusetzen...“.

Wir schlagen als Alternative zur FTAA eine kontinentale Politik vor, die nicht die Fähigkeit der Staaten schmälert, sich für die sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Bedürfnisse ihrer Bewohner einzusetzen und sich wenn nötig den Interessen der Unternehmen und den anmaßenden Forderungen irgendeines anderen Landes entgegenzustellen.

Wir sind für eine alternative Integration, die den Integrationsprozess der Länder Lateinamerikas und der Karibik keinesfalls untergräbt, lähmt oder beendet, sondern ihn tragfähig und stark macht, zum Nutzen aller an diesen Prozessen beteiligten Staaten und allen Ländern des Kontinents. Um eine wahrhaftige amerikanische Integration zu vollbringen, müssen wir einen Prozess internationaler Zusammenarbeit fördern, in dem die Entwicklung von den mächtigsten Nationen finanziert wird. Dadurch können sich die Möglichkeiten der durch eine lange Geschichte kolonialer und neokolonialer Ausbeutung und vor allem nach zwei Jahrzehnten Neoliberalismus am meisten verarmten Nationen angleichen.

Wir meinen, dass jedes Abkommen zwischen Ländern mit unterschiedli-

chem Entwicklungsniveau unter anderem die Anerkennung der Ungleichheiten und die bevorzugte Behandlung auf den Gebieten des Handels, der Finanzen und der Technologie einschließen muss, damit die Entwicklungsniveaus im Lauf der Zeit angeglichen und soziale Programme angestoßen werden können.

Wegen der zuvor aufgezählten Gründe meinen wir, dass die Vorschläge für eine gesunde und lebensfähige kontinentale Integration und die haarsträubende Realität einer Auslandsschuld, die den Wirtschaften der Mehrheit der lateinamerikanischen und karibischen Länder das Genick bricht, sich gegenseitig ausschließen.

Daher sprechen wir uns für ein alternatives Projekt der Integration aus, das als eine seiner Grundlagen die Streichung der unbezahlbaren und illegitimen Schulden betrachtet. Denn es sind Schulden, die von den verschiedenen Regierungen in den letzten Jahrzehnten ohne die Zustimmung der Völker und oft unter Vorspiegelung falscher Tatsachen gemacht und schlecht ausgegeben wurden für Projekte, die nicht der Bürgerschaft zu Gute kamen; Schulden, die durch den einseitigen Beschluss der Gläubiger, die Zinsen zu erhöhen, gewachsen sind.

Schließlich wollen wir unser unerschütterliches Vertrauen darin ausdrücken, dass unser heutiger Kampf, der die unzähligen und vorbildlichen Widerstandskämpfe der tapfersten Kinder Amerikas während der vergangenen Jahrzehnte fortsetzt, uns gemeinsam zu dem Ziel führen wird, das der Befreier Simón Bolívar verkündete, als er vor fast zwei Jahrhunderten inmitten seines kolossalen Feldzugs gegen den Kolonialismus sagte: „Ich wünsche mir, mehr als alles andere, hier in Amerika Zeuge der Entstehung der größten Nation der Welt zu sein, der größten nicht so sehr wegen ihres riesigen Gebiets und ihrer Reichtümer, sondern wegen ihrer Freiheit und ihres Ruhmes.“

Wir sehen uns auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre im kommenden Februar, wenn wir die Fahnen gegen den Krieg, gegen Terrorismus, gegen die FTAA, gegen die Auslandsschulden, für die Globalisierung der Solidarität erheben, denn eine andere Welt und ein anderes Amerika sind möglich!

Amerikaweiter Aktionsplan gegen die FTAA

Beim kontinentalen Treffen für den Kampf gegen die FTAA verabschiedeten wir den folgenden Aktionsplan:

Wir rufen die Organisationen des Kontinents zur Einheit auf, um so möglichst schnell die Mobilisierung unserer Bevölkerung gegen die Amerikanische Freihandelszone zu erreichen. Wir fordern die an diesem Treffen beteiligten Organisationen auf, ihre Kräfte zu bündeln, um alternative Entwicklungsmodelle für die Menschen in Amerika zu schaffen, als

Gegenvorschlag zum gegenwärtigen Modell neoliberaler Entwicklung. Und schließlich rufen wir zu einem gemeinsamen Kampf um zwei große Themen auf: 1) die Entwicklung eines amerikaweiten Plans für soziale Integration, nachhaltige Entwicklung und gegen Ungleichheit, sozialen Ausschluss und Armut, 2) die Weiterführung und Stärkung von Kampagnen zur Mobilisierung der Bevölkerung gegen die FTAA, in Abstimmung mit den Ereignissen auf dem Weltsozialforum und den für das Kontinentale Sozialbündnis geplanten Aktivitäten.

Umgehende Initiativen:

Die Bildung amerikaweiter Arbeitsgruppen, um die im ersten Themenbereich skizzierte Politik auszuarbeiten; dabei soll von den nationalen, regionalen und lokalen Erfahrungen ausgegangen werden, die es schon gibt. Hauptaufgaben der Arbeitsgruppen: die Verteidigung und Förderung der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und auf die Umwelt bezogene Entwicklung der Bevölkerungen und Länder des Kontinents; die Entwicklung einer Politik des sozialen Einschlusses sowie Überwachung und Auswertung der Verhandlungen.

Die Initiierung einer amerikaweiten Kampagne für Fortbildung und Information, in der die sozialen Bewegungen die Rolle übernehmen, allen Sektoren – einschließlich der kleinen und mittleren Unternehmen – die wahren Absichten der FTAA zu erklären. Der Aufbau engerer Beziehungen zwischen den sozialen Bewegungen, den alternativen Informationsnetzen und den akademischen und professionellen Gruppen und den Kirchen und ökumenischen Organisationen.

Parlamentarier und parlamentarischen Gruppen und/oder Ausschüsse auf dem ganzen Kontinent werden zur Diskussion mit der Zivilgesellschaft aufgerufen, damit sie eine Vorreiterrolle einnehmen können und auf diese Weise den Kampf gegen die FTAA stärken.

Sobald die Sitzungen der Verhandlungsgruppen, die Ministertreffen (Quito, Nov. 2002) und der Dritte Gipfel der Staats- und Regierungschefs (Buenos Aires, April 2003) stattfinden wird die Bevölkerung, ihre Organisationen und sozialen Bewegungen für den antiimperialistischen Kampf mobilisiert werden. Die Vorbereitung von Volksbefragungen und Plebisziten über die FTAA als eine Form der Konsensfindung und Mobilisierung der Völker und um die Regierungen unter Druck zu setzen; dazu sollen nationale Komitees gebildet werden.

Von den Regierungen werden Studien und ernsthaft begründete Untersuchungen über die Folgen der FTAA für die verschiedenen Sektoren der nationalen Ökonomien und die Arbeitsmärkte, die Kulturindustrie und die Umwelt gefordert.

Die Organisierung kontinentaler, regionaler oder nationaler Aktionstage oder von Aktionen gesellschaftlicher

Gruppen gegen die FTAA.

Weiterhin Argumente gegen die FTAA vorbringen und weiter gegen die Versuche kämpfen, den Zeitpunkt, an dem das Abkommen in Kraft treten soll, vorzuziehen, weil im Moment die Länder Lateinamerikas und der Karibik durch ihre schlechte wirtschaftliche und soziale Situation geschwächt sind. Die herrschende Krise könnte die lateinamerikanische Einigkeit aufbrechen und ihre Verhandlungsposition gegenüber den Vereinigten Staaten schwächen. Wir werden uns gegen jede Absicht, unsere Proteste und Kämpfe in Amerika und weltweit zu kriminalisieren, wehren und die Solidarität unter allen sozialen Bewegungen stärken. Die Netze der gesellschaftlichen Gruppen werden wir ausweiten und die Bildung nationaler und regionaler Untergruppen des Kontinentalen Sozialbündnisses unterstützen, denn diese Strukturen können dazu beitragen, den vorliegenden Aktionsplan umzusetzen. Wir werden uns aktiv an den nationalen Vorbereitungen für das Zweite Weltsozialforum in Porto Alegre beteiligen und ein Plebiszits gegen die FTAA initiieren.

Wir werden ein zweites Amerikanisches Treffen für den Kampf gegen die FTAA durchführen und die bei diesem ersten Treffen gefassten Beschlüsse verbreiten.

Weitere Vorschläge

Treffen gegen die FTAA an den Grenzen der amerikanischen Länder.

Bürger-Brigaden für die Aufklärung über die FTAA bilden.

Eine Karawane durch ganz Amerika, die die Bevölkerung informiert und gegen die FTAA mobilisiert.

Demonstrationen vor den nordamerikanischen Botschaften durchführen, wenn in den ersten Dezembertagen im US-Kongress die Abstimmung über das Fast-Track-Gesetzesverfahren stattfindet.

Die Debatte über die FTAA auf dem 10. Treffen des Foro de Sao Paulo anregen, das vom 2. bis 7. Dezember in Havanna stattfindet, und eine Abordnung dieses Treffens dorthin schicken.

Die Vorschläge der Kirchen über Bildung für die Bevölkerung und ihre Mobilisierung unterstützen

An der Zweiten Konferenz für Frieden und gegen den Plan Colombia teilnehmen, die vom 4. bis 5. März 2002 in Mexiko stattfindet.

Treffen von Juristen fördern, damit unter ihnen eine Debatte über die FTAA beginnt.

Das Internationale Treffen von Wirtschaftswissenschaftlern unterstützen, das vom 11. bis 15. Februar 2002 in Havanna stattfindet und auf dem über die FTAA und ihre Folgen debattiert wird.

Den 28. März zum Internationalen Tag für die Verteidigung des öffentlichen Bildungswesens und der Souveränität und für den Kampf gegen die FTAA erklären.

Havanna, 16. November 2001

23. Dezember, bundesweit im Kabelfernsehen: *Günter Gaus im Gespräch mit Christian Klar.* In der Sendereihe von Günter Gaus „Zur Person“ wird dieses Gespräch, das zuerst am 12.12. im ORB und dann in der Wiederholung am 22.12. um 11.45 Uhr im ORB zu sehen war, auf VOX ausgestrahlt.

3.-6. Januar, Sondershausen: *Linke Winterschule.* AG Philosophie: Befassung mit Fragen der „Bioethik“. Hier geht es um die durch die Entwicklung der Biowissenschaften und -techniken, insbesondere die genetische Diagnostik und die Gentherapie am Menschen aufgeworfenen Fragen. AG Wirtschaft: Versicherungswirtschaft: Hier geht es darum, durch Erörterung der geschichtlichen, rechtlichen und volkswirtschaftlichen Zugänge eine Basis zu schaffen für die konkrete Diskussion in der Krankenversicherung. AG Geschichte: Einheitsfrontpolitik und antifaschistische Aktion. Genauere Informationen (siehe auch PB 25) enthält ein Faltblatt, das beim GNN-Verlag Hamburg angefordert werden kann. Informationen und Anmeldung bei: Christiane Schneider, c/o GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 43 18 88 20, fax 43 18 88 21, E-Mail: gnn-hhsh@hansenet.de

12. Januar, Berlin: *Rosa Luxemburg Konferenz.* 9.00-17.00 Uhr: Humboldt-Universität Berlin: Konferenz & Diskussion; 21.00 Uhr: Kesselhaus/Kulturbrauerei: Konzert. Veranstalter: Linke Liste an der Humboldt-Universität Berlin, Cuba.si, jungeWelt

Die PDS auf dem Weg zum Wahlprogramm

Mittwoch, 5. Dezember 2001:

Veröffentlichung der „Bausteine“ und Beginn der Partei-Diskussion (siehe auch www.pds-online.de)

Freitag, 11. Januar / Samstag, 12. Januar 2002:

Klausur des Parteivorstandes: Verabschiedung des Entwurfes für das Bundestags-Wahlprogramm der PDS als Leitantrag an die 3. Tagung des 7. Parteitages der PDS (Rostocker Parteitag).

Freitag, 18. Januar 2002:

Veröffentlichung des Entwurfes für das Bundestags-Wahlprogramm der PDS als Leitantrag an die 3. Tagung des 7. Parteitages der PDS (Rostocker Parteitag).

Freitag, 1. Februar 2002:

Antragsschluss für die 3. Tagung des 7. Parteitages der PDS.

Samstag, 16. März, / Sonntag, 17. März 2002: 3.

Tagung des 7. Parteitages der PDS in Rostock: Beschlussfassung über das Programm der PDS zur Bundestagswahl 2002

26. Januar, Zürich (CH): *Europäische Parallelkonferenz zum World Social Forum (Porto Alegre)* „Das andere Davos“, VA: attac Schweiz. Kontakt: attac Schweiz, Peter Streckeis, Tel.: +41/61/4812491, mobil: +41/79/7447587. Internet: <http://www.otherdavos.net>

26. Januar, Fulda: *Tagung des Arbeitsausschusses des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.* Tagesordnung: Linke Kritik und alternative Politik; Wirtschaftsstrategie in der Programmatik der Parteien; Ansätze in der politischen Bildungsarbeit. Beginn: 11.30 Uhr, Jugendbildungsstätte, Magdeburger Str. 69

1./2. Februar, München: Das Bündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz ruft zu *Protestaktionen gegen das Treffen der Welt-Kriegselite in München* auf: Kundgebung am 1.2., 17.00 Uhr Marienplatz anlässlich des Empfangs der Tagungsteilnehmer durch die Landeshauptstadt München im Alten Rathaus. 2.2., 12.00 Uhr: Demonstration zum Tagungsort, ab Marienplatz. Abends: Gegenkonferenz oder Großveranstaltung gegen die NATO-Kriegspolitik. Näheres später. Kontakt: Bündnis gegen NATO-Sicherheitskonferenz, Tel. (089) 16 95 19, Fax (089) 1 68 94 15, E-Mail: smash_racism@hotmail.com

16. Februar, Herne: *Wirtschaftsdemokratie als alternative Wirtschaftspolitik.* 10.00-16.00 Uhr Seminar in Herne, Begegnungsstätte FALKEN-Haltestelle, 44628 Herne Horsthausen, Gneisenaustr. 16. Eine Veranstaltung mit Ulla Plener (Utopie kreativ, Berlin), Jürgen Klute (Sozialpfarrer, Herne) und Ulla Lötzer (MdB-PDS, Köln). Veranstalter: LINKS TRIFFT SICH, Herne in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW. e-mail: BChrist315@aol.com.

23./23. Februar, Magdeburg. *Die Linke und die Macht.* Gestaltungsmacht - Gestaltungsspielraum linker Politik. Gemeinsame Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit dem Bildungsverein Elbe-Saale Sachsen-Anhalt und der PDS-Bundestagsfraktion.

3. März 2002, Bayern: Kommunalwahlen

23./24. März, Fulda: Tagung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften

21. April, Sachsen-Anhalt: Landtagswahlen

24./25. Mai, Köln: *Kommen und bleiben - Migration und interkulturelles Leben in Deutschland.* Eine Konferenz der RL-Stiftung

27.-31. Mai, Berlin: 17. Ord. Bundeskongress des DGB

16. -18. Juni, Frankfurt/M.: CDU-Parteitag

22. September, Bundestagswahl

Tiefe Trauer um Stefan Heym

Gabi Zimmer, Vorsitzende der PDS, und Roland Claus, Vorsitzender der PDS-Fraktion im Deutschen Bundestag, erklären zum Tode des Schriftstellers Stefan Heym:

Tief betroffen haben wir die Nachricht vom Tode Stefan Heyms erhalten. Er war einer der Großen dieses Jahrhunderts. Unbestechlich menschlich, wahrhaftig in Leben und Werk. Dies brachte ihn in Gegensatz zu Hitler und zu McCarthy, zu Stalin und zur Politbürokratie der DDR wie auch zu den Mächtigen des wiedervereinten Deutschlands. Im besten Sinne des Wortes selbstständiger Mensch, ließ er sich durch keine Macht korrumpieren oder benutzen. Er hinterlässt uns sein geschriebenes Wort, seine Reden, seine Gedanken und wird so fortleben.

Wir vermissen Stefan Heym. Erklärte uns auf und unterhielt uns, er widersprach, forderte uns heraus, nannte uns unsere Schuld und vertraute auf unseren Willen, uns zu ändern, als sehr wenige dies taten. Menschen müssen Courage und Gewissen lernen, von anderen Menschen, die beides leben. Stefan Heym war dieser lebendige Maßstab.

Unzählige werden weiterhin mit Freude und Nutzen Stefan Heyms Romane und Erzählungen lesen. Literaten werden sich an ihm messen, Historiker Kenntnisse von ihm beziehen, Politiker im Licht oder Schatten seiner Rede als Alterspräsident des 13. Deutschen Bundestages stehen.

Wir waren mit ihm in das Gespräch und in das gemeinsame Wirken gekommen. Mit seinen Mustern von Urteilen, Entscheiden und Tun bestimmt Stefan Heym unser politisches Gewissen.

Stefan Heym wird uns fehlen.

